Monatsspiegel

September 2018

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Auf geht's!

Liebe Genossinnen und Genossen,
mit dem September starten wir mit voller Kraft in den Wahlkampf, und das gleich dreifach: Wir kämpfen für ein gutes Ergebnis für die SPD und unsere Kandidatinnen und Kandidaten bei der Landtags- und Bezirkstagswahl. Und wir kämpfen für eine möglichst klare Mehrheit für die weitere Untersuchung des Entwicklungsgebiets Erlangen-West III: Denn wir sind 2014 angetreten, für bezahlbares Wohnen in Erlangen zu sorgen. Und über all die Maßnahmen hinaus, die wir bereits umgesetzt haben – Nachverdichtung, bessere Nutzung der noch zur Verfügung stehenden Baugebiete, Sozialwohnungsquote etc. – müssen wir auch dafür sorgen, dass weiterer Wohnungsbau in Erlangen möglich ist. Und das geht nur auf zusätzlichen Flächen – denn die Verdichtungspotentiale in unserer Stadt schöpfen wir in den kommenden Jahren voll aus, und trotzdem werden weiter Wohnungen fehlen.

Auf das Entwicklungsgebiet zu verzichten hieße: Mittelfristig kommt der Neubau von Wohnungen in unserer Stadt zum Erliegen. Denn Mitte der 2020er Jahre werden die Wohnbauflächen in Erlangen erschöpft sein. Und wenn dann nicht mehr gebaut wird, heißt das: Die Mieten und Immobilienpreise werden noch viel stärker steigen, als wir das derzeit schon erleben. Denn der Zuzug nach Erlangen wird anhalten, und viele, die in unsere Stadt ziehen, können auch hohe Mieten und Preise bezahlen. Die Folge: Immer mehr Erlangerinnen und Erlanger können sich Wohnen in ihrer Heimatstadt nicht mehr leisten. Das trifft gerade die, die für das Zusammenleben in unserer Stadt sorgen: Z.B. Pflegekräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Verkäuferinnen und Verkäufer etc. – denn diese und andere verdienen nicht das Geld, um Mieten im hohen zweistelligen Bereich bezahlen zu können. Und ebenso stark betroffen sind Familien, weil ihnen weniger Geld für die Miete bleibt als den Haushalten ohne Kinder.

Deshalb ist unser Einsatz für Erlangen-West III vor allem auch eine soziale Frage! Wir wollen eine Stadt, in der alle leben können, die hier leben wollen – und nicht nur die Höchstverdienenden. Und dafür müssen wir jetzt die Weichen stellen: Denn neue Wohnbauflächen kann man nicht über Nacht aus dem Ärmel

Von Philipp Dees
Landtagskandidat

schütteln, sondern man muss sie langfristig und ernsthaft planen. Deshalb müssen wir jetzt in die Untersuchungen einsteigen, um ab Mitte der 2020er Jahre die benötigten Flächen für die nächsten Jahrzehnte festgelegt zu haben. Und genau das heißt ein „Ja" beim Entscheid am 14. Oktober.

Aber auch beim Landtags- und beim Bezirkstagswahlkampf geht es um viel: In Mittelfranken haben wir die Chance, die Vorherrschaft der bereits angeschlagenen CSU im Bezirkstag endgültig zu brechen. Derzeit gelingt es der CSU noch zu oft, mit ihrer fast absoluten Mehrheit im Bezirkstag Entscheidungen in ihrem Sinne durchzusetzen. Auch daraus ist z.B. das Chaos um die Bezirkskliniken entstanden. Es kann aber gelingen, eine andere Mehrheit für eine andere Politik nach der Bezirkstagswahl zu gewinnen – und dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Fortsetzung auf Seite 3

10.09.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
11.09.	19:00	Distriktsversammlung Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 20
11.09.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
12.09.	15:00	„Drei Mal Film im Herbst“	IG-Metall-Saal	S. 5
12.09.	20:00	Distriktsversammlung West	Zur Einkehr	S. 22
15.09.	17:00	Veranstaltung mit Johanna Uekermann	Evangelisches Familienzentrum	S. 3
16.09.	14:00	Verleihung Karl-Heinz-Hiersemann-Preis	Redoutensaal	S. 5
17.09.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
18.09.	19:30	Distriktsversammlung Ost	Pizzeria Romana	S. 19
18.09.	20:00	AK Umwelt und Energie	August-Bebel-Haus	S. 5
18.09.	20:00	Distriktsversammlung Innenstadt	Kulisse	S. 19
19.09.	19:00	Distriktsversammlung Eltersdorf	Schützenheim	S. 19
19.09.	20:00	Distriktsversammlung Süd	Bürgertreff Röthelheim	S. 20
20.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
24.09.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
25.09.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
29.09.	10:00	Haushaltsseminar		S. 3
01.10.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
04.10.	17:00	60plus-UB-Vorstand	August-Bebel-Haus	S. 22
08.10.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	11:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag	geschlossen
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	14:00 bis 17:00 Uhr
Freitag	13:00 bis 16:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführer: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Helmut Aichele (ha), Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Jürgen Gräser, Dieter Krusemark, Julie Mildenberger (jm), Renate Schmidt (rst), Rolf Schowalter (rsr), Hartmut Wiechert

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Für das Land vermelden die Umfragen vermeintlich, die Wahl sei längst gegen die SPD entschieden. Es lohnt sich aber, genauer hinzuschauen: Viel mehr Menschen als bei früheren Wahlen sagen, sie würden zwar derzeit die SPD nicht wählen, seien sich aber noch nicht sicher, ob sie es nicht doch im Oktober tun werden. Insgesamt sind derzeit mehr als zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler noch unentschlossen, ob und wen sie wählen – vor der Wahl 2013 war es zu diesem Zeitpunkt weniger als ein Drittel.

Deshalb ist noch lange nichts entschieden, und deshalb lohnt es sich zu kämpfen. Wir müssen die Untentschlossenen, diejenigen, die sich vorstellen können, die SPD zu wählen, es aber derzeit noch nicht tun, von uns überzeugen. Und wir haben starke Argumente und eine Spitzenkandidatin, die für Kompetenz und Anstand in der Politik steht.

Jetzt heißt es, rausgehen und kämpfen! Und das können wir nur alle gemeinsam. Deshalb bitte ich euch auch im Namen von Gisela Niclas, Florian Janik und der Wahlkampfleitung: Geht mit uns raus in den Wahlkampf! Seit dabei bei unseren Infoständen, helft beim Plakatieren, geht mit im Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Und sprecht, egal wo ihr seid, mit den Menschen darüber, warum es wichtig ist, SPD zu wählen und für Erlangen-West III zu stimmen.

Lasst uns gemeinsam diesen Wahlkampf zu einem Erfolg machen!
Euer Philipp

Haushaltsseminar der Stadtratsfraktion

Samstag, 29. September, 10 bis ca. 17 Uhr

Auch dieses Jahr lädt die Stadtratsfraktion wieder alle Genossinnen und Genossen ein, sich an der Diskussion um den Haushalt 2019 der Stadt und an der Entwicklung der Anträge der Fraktion dazu zu beteiligen. Dies geschieht im Haushaltsseminar.

Damit für alle ausreichend Unterlagen bereit stehen, bitten wir um Anmeldung bis spätestens Dienstag, 25. September an die SPD-Stadtratsfraktion, spd.fraktion@stadt.erlangen.de. Nach eurer Anmeldung erfahrt ihr auch, wo das Haushaltsseminar stattfindet. Ihr könnt auch nur für einen Teil der Zeit teilnehmen, bitte gebt das bei eurer Anmeldung an.

Wir du uns im Wahlkampf unterstützen kannst:

Vor allem brauchen wir deine Hilfe für die anstehenden Plakatierungen, die Infostände und den Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Wenn du uns bei Infoständen oder beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf unterstützen kannst, trage dich bitte in die entsprechenden Doodle-Umfragen ein (bitte mit Vor- und Nachnamen):

- Infostände: https://doodle.com/poll/nn4s5y66fga9tdu5
- Hausbesuche: https://doodle.com/poll/dg3ceus3ss4fi9rt

Wenn du mit Doodle nicht zurecht kommst oder dir das Abtippen der Links zu aufwändig ist, kannst du auch mit Christian Wonnerth im Parteibüro (buero@spd-erlangen.de, 09131-8126522) Kontakt aufnehmen, der dich dann einträgt.

Wenn du beim Plakatieren helfen kannst, melde dich bitte mit einer kurzen Mail bei Manfred Dohmstreich über die Mailadresse organisation@spd-erlangen.de. Manfred wird dann vor den jeweiligen Plakatierungsaktionen bei dir nachfragen, ob du kannst.

Und wenn du eine Idee für eine Aktion im Wahlkampf hast: Melde dich einfach bei Christian Wonnerth!

Veranstaltung mit Johanna Uekermann

Samstag, 15. September, 17 Uhr, Evangelisches Familienzentrum Bismarckstraße 19

Was heißt sozialdemokratische Politik heute und speziell für Bayern? Welche Schwerpunkte muss die SPD setzen und welche Menschen ansprechen?

Über solche und ähnliche Fragen wollen Landtagskandidat Philipp Dees und Bezirkstagskandidatin Gisela Niclas sprechen. Und mit Johanna Uekermann haben wir dafür eine kompetente Gesprächspartnerin gewinnen können: Als Mitglied im Präsidium und in der Grundwertekommission der SPD, stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD und Leiterin ihrer Programmkommission zur Landtagswahl und als ehemalige Juso-Bundesvorsitzende beschäftigt sich Johanna Uekermann intensiv mit den oben gestellten Fragen.

Wir werden die Diskussion bewusst im Wahlkampf und öffentlich führen. Denn der Erneuerungsprozess der SPD ist nichts für verschlossene Türen. Und wann wenn nicht im Wahlkampf müssen wir die Frage stellen, diskutieren und beantworten, was Sozialdemokratie heute ist?

Wir freuen uns, wenn ihr mit dabei seid!

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 20. September 2018, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Chancen für alle: Arbeitsmarktpolitik in Erlangen
   Diskussion mit Gerd Worm (Leiter Jobcenter Erlangen, Vorstand der Gesellschaft zur Förderung der Arbeit) und Wolfgang Niclas (DGB Erlangen und Ratschlag für soziale Gerechtigkeit)
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

AG 60plus besuchte die Demenz-WG „Haus Wilhelmine“

(rst) Im Juli besuchte die Arbeitsgemeinschaft 60plus das „Haus Wilhelmine“, eine Wohngemeinschaft für Menschen, die an Demenz erkrankt sind.

Hartmut begrüßte und stellte uns Frau Dr. Helga Pogner vor und erklärte, dass wir von AG60plus einmal im Jahr eine solche Einrichtung besuchen.

Frau Pogner überreichte uns eine Preisliste, auf der die monatlichen Kosten für einen Bewohner je nach Pflegegrad aufgelistet sind. Es müssen Miete, Nebenkosten sowie Kosten für Verpflegung gezahlt werden. Einzelne Pflegeleistungen können dazugekauft werden. Am teuersten ist dabei der Pflegegrad 1. Der zu zahlende Eigenanteil beträgt in diesem Fall 3.487,68 Euro.

Das Haus wurde von der GeWoBau gebaut, Inhaber ist der ASB, die Wohngemeinschaft hat es vom ASB gemietet. Die Betreuung erfolgt durch Heidis Pflegedienst. Kosten werden jährlich erhöht. Eine Fachkraft soll täglich da sein, da medizinische Verrichtungen nur von der Fachkraft erledigt werden dürfen. Dazu kommen drei weitere Mitarbeiter. Eine Hauswirtschafterin kommt täglich (auch von Heidis Pflegedienst). Der Verdienst der Mitarbeiter von Heidis Pflegedienst (Tarif oder unter Tarif, Mindestlohn) ist dem Gremium nicht bekannt.

Das Haus hat zwölf Einheiten, wenn Zimmer leer stehen, fehlt das Geld für ASB und Heidis Pflegedienst. Neue Interessenten müssen zu den bisherigen passen. Schwer Demenzkranke können nicht untergebracht werden. Nach zwei Jahren ist die Krankheit so weit fortgeschritten, dass das Konzept „Arbeit mit Dementen“ nicht mehr fortgesetzt werden kann, z.B. Hilfe beim Kochen, Rätselraten.

Die Wilhelmine ist kein Verein, die Angehörigen bilden ein Gremium und treffen sich ca. alle sechs Wochen, um über das Haus, Betreuung, Pflegedienst, Kosten etc. zu sprechen.

Es werden uns Küche, Außenbereich und Garten gezeigt. Es wird kein Essen geliefert, sondern in der vorhandenen Küche gekocht.

Unter den Insassen gibt es Frühaufsteher, Langschläfer. Diese Gewohnheiten werden berücksichtigt. Im Erdgeschoß wird dringend ein zweites WC benötigt. Keiner der Bewohner geht mehr zu Fuß in den 1. oder 2. Stock in sein Zimmer. Eigene Möbel, Bilder, Andenken sollen bei Bezug mitgebracht werden. Die Zimmer haben ein Signal, das den Pflegekräften Bescheid gibt, wenn ein Bewohner seinen Raum verlässt. Alle Räumlichkeiten in einem ebenerdigen Bereich zu haben, wäre für die Bewohner besser, da sie sich dann mehr bewegen würden.

Gewaschen wird im Haus, die Angehörigen brauchen sich darum nicht zu kümmern. Der Zeitaufwand für die Selbstverwaltung ist individuell, es gibt verschiedene Arbeitsgruppen. Das Gremium besteht aus den Angehörigen der zwölf Insassen, daraus werden drei Sprecher bestimmt. Ein Aufnahmekriterium ist, dass Verwandte mitarbeiten.

Was ist der Vorteil, im Haus Wilhelmine zu leben? Einmal der Betreuungsschlüssel, 3:12, zum zweiten die vorhandenen Freiheiten.

Sollte ein Bewohner nicht mehr in der Lage sein, seine Kosten selbst zu zahlen, springt der Staat ein, oder die Kinder müssen zahlen.

Diese Wohnform sollte bekannter sein und Werbung dafür gemacht werden.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.09. Jutta Silbermann
86 Jahre

03.09. Wolfgang Schwerna
77 Jahre

05.09. Manfred Preuß
81 Jahre

06.09. Uwe Deckert
60 Jahre

13.09. Manfred Kienzerle
79 Jahre

14.09. Kurt Steinmüller
84 Jahre

15.09. Holger Nein
60 Jahre

15.09. Hartmut Wiechert
78 Jahre

18.09. Walter Krumpholz
78 Jahre

18.09. Axel Röhrborn
79 Jahre

21.09. Sylke Dingfelder
73 Jahre

23.09. Joachim Jaeger
75 Jahre

24.09. Karlheinz Eger
85 Jahre

24.09. Aliya Bohnsack
65 Jahre

25.09. Georg Kugler
74 Jahre

26.09. Manfred Felten
78 Jahre

26.09. Wolfram Gerold
74 Jahre

29.09. Anil Kumar
78 Jahre

Verleihung des Karl-Heinz-Hiersemann -Preises

Sonntag, 16. September, 14 Uhr, Redoutensaal

Dieses Jahr verleihen die SPD Erlangen und die SPD Mittelfranken wieder gemeinsam den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis. Mit ihm werden in Gedenken an Karl-Heinz Hiersemann, den ehemaligen Vorsitzenden des SPD-Bezirks Franken und der SPD Erlangen Jugendgruppen, Schulklassen oder einzelne Jugendliche ausgezeichnet, die sich besonders für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus eingesetzt haben. Die diesjährige Verleihung findet am 16. September ab 14 Uhr im Redoutensaal statt.

Arbeitskreis Umwelt und Energie

Liebe Genossinnen und Genossen,
der AK Umwelt und Energie trifft sich wieder am

Dienstag, 18. September, 20 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer UG

Schwerpunktthema wird Abfall und Recycling sein. Angefragt ist hierzu Herr Lennemann, Leiter des städtischen Amts für Umweltschutz und Energiefragen.

Wir sprechen auch über die Antwort(en) auf unseren Brief an Bundesumweltministerin Svenja Schulze.

Als Themen vorgemerkt ist zudem das Thema das Thema Energie (Papier BN mit Stadtwerken, darunter N-Ergie, Papier Bündnis Bürgerenergie, EU-Richtlinie zu Quartier- und Mieterstrom). Je nach Zeit beginnen wir mit diesem Thema dann auch noch und fahren dann beim nächsten Termin fort.

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2018
21. September 2018

Ausflug der SPD Tennenlohe in den Bayerischen Wald

(rsr) Unser Genosse Klaus Speicher, der auch Chef der Ski- und Wandergruppe“ im Sportverein Tennenlohe ist, hatte den Ausflug organisiert: Ausgangspunkt war das oberpfälzische Lam im Bayerischen Wald an der Grenze zu Tschechien und zu Niederbayern. Am Freitagnachmittag ging es steil bergauf zum Café Sahneberg in Lohberg, wo wir nach Nieselregen uns einen Überblick über das zwischen Hügeln und Bergen eingebettete kleine Örtchen verschaffen konnten, ebenso wie über den gesamten Naturpark Bayerischer Wald anhand einer Anzeigentafel.

Für Samstag hatte Klaus eine Wanderung, wahlweise Gondelfahrt, auf den großen Arber mit einem Rundgang um den Arbergipfel vorgesehen. Es ist schon ein erhebendes Gefühl, vom höchsten

Drei Mal Film im Herbst

Einladung zu Kino, Kaffee und Kuchen

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus und die SeniorInnen der IG Metall veranstalten im Herbst wieder eine Reihe mit Filmen, zu der herzlich eingeladen wird. Ort ist jeweils der IG-Metall-Saal, Beginn um 15 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Diese Filme gibt’s zu sehen

- 12. September: „Die Kinder des Monsieur Mathieu“ (2004) Regie Christophe Barratier
  Ein schweres Regiment nach dem Prinzip der Bestrafung führt der Direktor eines Internats für schwer erziehbare Jungen im Jahr 1949. Als der neue Lehrer Clement Mathieu seine Stelle antritt, weht ein frischer Wind durch die kühlen Gemäuer: Mit Musik lockt er die Zöglinge aus ihrer Verschlossenheit und ihrem aggressivem Verhalten.
- 10. Oktober: „Der Club der toten Dichter“ (1989) Regie Peter Weir
  „Carpe diem! Nutze den Tag!“ ist der wichtigste Lehrsatz des Englischlehrers John Keating. Mit großer Ausstrahlung und neuen Lehrmethoden bringt er die gesamte Schule, ein Internat für Jungen, und ihre starren Traditionen völlig durcheinander. Mit Humor und Menschlichkeit kämpft er für Poesie, Liebe und Phantasie, die das Leben lebenswert machen. Er lehrt seine Schüler, Persönlichkeit zu entwickeln und sich selbst treu zu bleiben. Doch damit macht er sich unbeliebt. Seine Gegner schrecken vor nichts zurück, und ein Verräter ist schnell gefunden...
- 14. November: „Die Physiker“ (1964) Regie Fritz Umgelter
  Der eine hält sich für Einstein, der andere für Newton und dem Dritten, Möbius, erscheint regelmäßig der biblische König Salomon. Drei harmlose Spinner, doch dann bringen sie nacheinander ihre Krankenschwestern um und Inspektor Voss steht vor einem Rätsel. Das Sanatorium wird zur Festung, die Fenster vergittert und die Türen von „hünenhaften“ Pflegern bewacht. Erst jetzt offenbaren die drei Physiker ihre Geheimnisse und es zeigt sich, wer hier verrückt ist und wer nicht.

Berg des Bayerischen Waldes (1.456 m) uneingeschränkt in alle Richtungen sehen zu können, nach Tschechien und zum kleinen Arbersee, nach Niederbayern und zur Oberpfalz, zum Großen Falkenstein, zum Osser oder zum Hohen Bogen.

Für den Abend war ein Besuch in Furth im Wald vorgesehen. Der Marktplatz war zu einer riesigen Bühne mit mittelalterlicher Kulisse umfunktioniert. Schätzungseise das halbe Städtchen, in historischen Kostümen gekleidet, nahm an dem Spektakel, genannt „Drachenstich", teil. Unzählige Reiter/innen galoppierten durch den Spielort und immer wurden die großen Tore am Rande des Marktplatzes noch rechtzeitig geöffnet. Höhepunkt war der Auftritt des Drachen, der feuerspeiend von mehreren Personen von außen digital gesteuert wurde. Leider war die Verständlichkeit der Redetexte durch übergroßen Einschlag des Oberpfälzer Dialekts phasenweise beeinträchtigt.

Dennoch ein beeindruckendes Erlebnis.

Am Sonntag brachte uns die „Kleine Arberseebahn" zum Kleinen Arbersee, der zu Fuß umrundet werden konnte. Kennzeichen des 12 m tiefen Sees sind die schwimmenden Inseln, die durch Loslösung des Moorbodens vom Seegrund entstanden sind und die, bis zu 3,5 Meter dick, frei im Wasser schweben.

Zum Abschluss ging es nach Arnbruck zu Weinfurtners Glasdorf: Skulpturengarten mit Glaskunst, Glashütte mit Glasbläservorführungen, riesige Verkaufsräume mit praktischen, künstlerischen oder auch skurrilen Glasgegenständen. Einige machten noch einen Abstecher in die Bärwurzerei oder zum Murner See bei Wackersdorf.

„Weinfurtner Glasdorf" in Arnbruck: Skulpturengarten

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Klaus Speicher für die perfekte Organisation eines bemerkenswerten, interessanten, erholsamen und gemeinschaftsfördernden Ausflugs.

Blick auf Lam, unseren Aufenthaltsort

Der kleine Arbersee

Blick vom Großen Arber nach Tschechien und zum Kleiner Arbersee

AG 60plus in Jena

(rsr) Ende Juni fand das alljährliche Treffen der AGs 60plus von Erlangen und Jena statt. Dieses Jahr machten wir uns von Erlangen aus auf den Weg zu unserer innerdeutschen Partnerstadt. Die Jenaer Genossinnen und Genossen hatten ein interessantes Programm zusammengestellt. Treffpunkt waren die Zeiss-Werke, wo Jürgen Dömel, ehemaliger Betriebsrat und ehrenamtlicher Betreuer der Besuchergruppen, uns die Geschichte von Zeiss erläuterte und anschließend durch den Betrieb führte. Die 1846 von Carl Zeiss gegründete Firma, die ab 1884 vom Firmengründer, seinem Sohn Roderich sowie von dem Mathematiker Ernst Abbé und dem Chemiker und Glasforscher Otto Schott geleitet wurde, wurde 1945 geteilt, der Sitz der westlichen Firma wurde Oberkochen in Baden-Württemberg. Der Jenaer Betrieb wurde fast vollständig von den Sowjets demontiert, so dass die Ausgangslage hier äußerst kritisch war. Dennoch gelang es, wieder Fuß zu fassen. Die zweite existenzielle Krise war 1989. Von 60.000 Mitarbeitern in mittlerweile wieder 25 Betrieben wurde die Hälfte entlassen und nach kurzer Zeit davon nochmal die Hälfte. Der Absatzmarkt der ehemaligen Sowjetunion brach weg, 1995 waren nur noch 1.450 Mitarbeiter beschäftigt. Ab 2000 gelang es, wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Zeiss Jena hatte sich spezialisiert auf Halbleiterproduktion, die Herstellung von Geräten zur Medizintechnik (Diagnose und Operationsgeräte, v.a. Augenheilkunde und Neurologie), die Produktion von Gläsern (für Brillen, Fotoapparate, Ferngläser, Mikroskopie und Astronomie) sowie Geräte zur Messtechnik und zur Verwendung in der Luft- und Raumfahrtindustrie. Beim Gang durch den Betrieb fiel die massive Bauweise des Gebäudes auf: Es stammt noch aus den dreißiger und vierziger Jahren und sollte „bombensicher“ sein, ursprünglich sogar ohne Fenster. Die Mauern und Decken sind meterdick. In fünf Stockwerken findet ein Großteil der Produktion statt. Momentan gibt es 25 Auszubildende, alle haben eine Übernahmegarantie. Die Mitarbeiter werden am Gewinn beteiligt, sie haben ein Zeit-Arbeitskonto, die Löhne sind tarifgebunden, alle erhalten später eine Betriebsrente. Ein eigener Betriebskindergarten existiert.

Nach dem Mittagessen führten uns die Genossen über den „Beutenberg-Campus“. Dazu heißt es in der Informationsbroschüre des Träger-Vereins: „Hier sind derzeit neun Institute der Leibniz-Gemeinschaft, der Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft sowie der Friedrich-Schiller-Universität angesiedelt. Zwei Gründerzentren, der Technologie- und Innovationspark Jena und das Bio-Instrumentezentrum, beherbergen mehr als 50 Firmen. Darüber hinaus hat sich die Wacker Biotech GmbH an diesem Standort mit der Herstellung biotechnologischer Produkte angesiedelt.“ Ein sehr beeindruckender Campus von Forschung und Synergie. Es sind dort zur Zeit etwa 3.000 Mitarbeiter beschäftigt.

Zum Abschluss führten uns die Jenaer Genossen zum Fuchsberg etwas außerhalb und hoch über den Dächern von Jena zum „Fuchsturm“, einem Bodendenkmal als Überrest einer Reichsburg aus dem zwölften Jahrhundert Auf dem Weg dahin durchquerten wir die „Weihestätte der Thüringer Bergvereine“, die sich alle mit einem für ihre Gegend charakteristischen Stein verewigt haben. Ein merkwürdiger Ort. Im beschaulichen Biergarten am Fuchsturm ließen wir den Tag in angenehmer Atmosphäre langsam ausklingen. Einige von uns blieben sogar noch einen weiteren Tag in Jena. Wir danken den Jenaer Genossinnen und Genossen für die ausgezeichnete Organisation und Betreuung und hoffen, sie am 3. Oktober in Jena oder 2019 in Erlangen wieder treffen zu können.

Wasser für alle!

(jm) Wasser für alle! So lautete das Motto der 59. Aktion von Brot für die Welt, die am ersten Advent 2017 startete. Fast 850 Millionen Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, jeder Dritte lebt ohne sanitäre Einrichtungen. Die Wasserknappheit trifft vor allem die Menschen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Jetzt im Jahr 2018 hat sich für viele Menschen die Situation weiter verschärft – nicht nur Wasserknappheit bedroht die Menschen, auf der anderen Seite kommt durch extreme Wetterereignisse in anderen Regionen so viel Wasser auf einmal, dass ganze Dörfer und Regionen zerstört werden.

Der Klimawandel ist eine der, wenn nicht die größte Herausforderung des 21. Jahrhundert. Er lässt keine Region dieser Welt aus, doch besonders betroffen sind die Länder des globalen Südens.

Durch den Klimawandel ändern sich Wettermuster, die Durchschnittstemperaturen steigen. Ereignisse wie Dürren, Starkregen, Wirbelstürme und Überschwemmungen nehmen zu. Viele Nutzpflanzen, wie beispielsweise Kakao und Kaffee, reagieren äußerst sensibel auf Temperaturänderungen. Ein verändertes Klima ist zudem Nährboden für neue Schädlingsarten und Pflanzenkrankheiten. Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungs- und Schwellenländern sind durch die Auswirkungen des Klimawandels extrem gefährdet: Sie leben von den Feldfrüchten, die sie für sich und ihre Familien und zum Verkauf anbauen. Ernterückgänge oder gar Ausfälle bedrohen daher unmittelbar ihre Existenz.

Die Ausstellung „DURSTIGE GÜTER“, die vom 20. September bis zum 10. Oktober in der Neustädter Kirche zu sehen ist, greift noch einen anderen Aspekt des Wassers auf, der in vielen Ländern des globalen Südens zu einer Verschärfung der Situation führt: das virtuelle oder auch versteckte Wasser.

Als virtuelles Wasser wird das gesamte Süßwasser bezeichnet, das bei der Herstellung einer Ware eingesetzt wurde. So sind etwa 140 Liter Wasser nötig, um eine Tasse Kaffee zu erzeugen – vor allem beim Anbau der dafür nötigen Menge Kaffeebohnen.

Zwischen 70 und 80 Prozent des verfügbaren Süßwassers wird von Agrarbetrieben verwendet. Die Menge steigt wegen eines globalen Trends zur künstlichen Bewässerung, mit der Landwirte versuchen, ihre Erträge zu verbessern.

Besonders bedrückend für die lokalen Wasserreserven ist, wenn in trockenen Regionen „fremde“ Feldfrüchte mit eher feuchter Heimat auf den Acker kommen, wie Erdbeeren, die in Spanien angebaut werden. Weltweit wird mit unterschiedlichen Methoden bewässert, die fast ausnahmslos viel Wasser vergeuden: Massen versickern und verdunsten ungenutzt oder gehen durch Lecks im Leitungssystem verloren.

Unter allen Lebensmitteln nimmt Fleisch beim Wasserverbrauch einen Spitzenplatz ein. Dabei ist die Rindfleischproduktion besonders strapazierend für die Wasserressourcen: Für ein Kilogramm Steak sind durchschnittlich 14.000 Liter Wasser nötig, mit dem das Rind getränkt wurde und mit dem sein Futter herangewachsen ist. Die Steaknation USA verteidigt beim Fleischverbrauch den Spitzenplatz mit in 2011 fast 118 Kilo pro Kopf. Würde jeder Mensch so viel Fleisch essen wie ein typischer Nordamerikaner, würde die weltweite Nahrungsmittelproduktion etwa 75 Prozent mehr Wasser brauchen. Doch auch wir Deutschen sind mit 86 Kilo Fleisch pro Kopf und Jahr mitverantwortlich für diese Entwicklung.

Wasser wird nicht nur für die Herstellung von Lebensmitteln benutzt, sein Verbrauch zieht sich durch die gesamte Konsumpalette. Zum Beispiel entsteht ein Baumwoll-T-Shirt unter Einsatz von durchschnittlich 2.000 Litern Wasser. Je nachdem, in welcher Region die Baumwolle gewachsen ist, können es aber leicht einige tausend Liter mehr sein. Beim Wasserverbrauch ist auch Papier kein unbeschriebenes Blatt: In jedem weißen DIN-A4-Bogen sind zehn Liter Wasser enthalten. Umgehen lässt sich der indirekte Wasserverbrauch von keinem Verbraucher. Sehr wohl kann man ihn aber mit einem ressourcenfreundlichen Einkauf senken.

Zum Beispiel Baumwolle aus Usbekistan

Das Wasser aus dem Aralsee zwischen Usbekistan und Kasachstan wurde 50 Jahre lang zum Bewässern riesiger Baumwollfelder verwendet. Weil es dort kaum regnet, sank der Wasserspiegel des Aralsees um über 20 Meter! Über die Hälfte des Sees ist einfach verschwunden. Schiffe liegen auf dem Trockenen und Fischer wurden arbeitslos. Eigentlich ist der Aralsee riesig: 125 mal so groß wie der Bodensee. Nun aber fehlt den Menschen sogar Trinkwasser, denn das restliche Wasser des Aralsees ist inzwischen viel salziger als Meerwasser. Die trocken gefallenen Flächen sind eine Salzwüste.

Ausstellung „Durstige Güter“

20. September bis 10. Oktober, Neustädter Kirche
Öffnungszeiten: Täglich von 11 bis 16 Uhr – Eintritt frei

Was genau sind durstige Güter? Und wie beeinflusst unser Konsum dieser Güter die Wasserressourcen unserer Erde? Welche Produkte sind besonders durstig? Und ist ein hoher Wasserverbrauch für ihre Herstellung – der so genannte Wasserfußabdruck – grundsätzlich negativ zu bewerten? Nicht unbedingt, wie die aktuelle Forschung zum Thema virtuelles Wasser aufzeigt.

Die Wanderausstellung des BUND Heidelberg illustriert die Zusammenhänge nachvollziehbar an insgesamt sechs Produktbeispielen – Mandel, Kartoffel, Tomate, Kaffee, Baumwolle und Schweinefleisch.

Zusätzlich zeigen wir die Situation der Wasserversorgung in unserer Partnerstadt San Carlos in Nicaragua und auch, wie in unserer Stadt mit den Herausforderungen einer Wasserversorgung für alle – nicht nur heute, sondern auch morgen – umgegangen wird.

Begleitprogramm

Alle Veranstaltungen: Eintritt frei

Ausstellungseröffnung

Donnerstag, 20. September, 18 Uhr, Neustädter Kirche

Film: WATERMARK

Doku, Kanada 2013, Regie: Jennifer Baichwal/Edward Burtynsky, 92 min.
Donnerstag, 20. September, 20 Uhr, Kino im Kulturzentrum E-Werk, Fuchsenwiese 1

Dienstag, 25. September, 20 Uhr Neustädter Kirche, Chorkapelle

WATERMARK erzählt von der Lebensnotwendigkeit und der Schönheit des Elements Wasser, welches die Grundlage jeden Lebens ist und seit jeher eine starke Anziehungskraft auf den Menschen hat – 20 Geschichten über die Menschen und die Nutzung von Wasser oder auch dessen Verschwendung, vom größten Staudamm der Welt im chinesischen Xiluodu über das ausgetrocknete Flussdelta des Colorado River und den Surfwettbewerb U.S. Open of Surfing in Huntington Beach bis hin zum Kumbh-Mela-Fest in Allahabad (Indien), wo sich 30 Millionen gläubige Hindus bei einem gleichzeitigen rituellen Bad im Ganges reinwaschen.

Film: UND DANN DER REGEN – También la lluvia
Spielfilm Mexiko/Spanien/Frankreich 2010, Regie: Icíar Bollaín, 104 min.
Freitag, 28. September, 19 Uhr, Neustädter Kirche, Chorkapelle

Der spanische Regisseur Sebastián und sein Produzent Costa wollen einen Film drehen, der den Mythos Christoph Columbus zerstreuen und die wahren Beweggründe seiner Seereisen zeigen soll: die Gier nach Gold und die Jagd auf Sklaven. Aufgrund der geringen Kosten und zahlloser Amateurschauspieler haben sie Bolivien als Drehort gewählt, doch die politischen und zivilen Unruhen machen ihnen zunehmend zu schaffen. Die gesamten Wasservorräte der Stadt wurden nämlich an internationale Konzerne verkauft und so bricht der bolivianische Wasserkrieg aus. Bald sind Sebastián, Costa und ihr Team mittendrin, denn der Hauptdarsteller ihres Filmes ist einer der führenden Aktivisten im Kampf ums Wasser.

Erntedank-Gottesdienst zum Thema der Ausstellung
Sonntag, 7. Oktober, 10 Uhr, Neustädter Kirche

Kurzfilmabend: Virtuelles (oder auch verstecktes) Wasser
Sonntag, 7. Oktober, 18 Uhr, Kino im Kulturzentrum E-Werk, Fuchsenwiese 1
Montag, 8. Oktober, 18.30 Uhr, Neustädter Kirche, Chorkapelle

Das Statistische Bundesamt gibt einen durchschnittlichen Wasserverbrauch in Deutschland von rund 120 Litern an. Damit ist aber nur das sichtbare Wasser gemeint. Berechnet man den versteckten Wasserverbrauch mit ein, kommt einE BundesbürgerIn laut Angaben der gemeinnützigen Organisation Water Footprint Network auf knapp 4.000 Liter am Tag.

Führung im Wasserwerk West
Dienstag, 9. Oktober, 17 Uhr, Wasserwerkstraße 34
Anmeldung beim Dritte Welt Laden

Woher kommt unser Erlanger Trinkwasser? Was ist Rohwasser und was Reinwasser? Wie kommt das Wasser aus den Brunnen zu Ihnen nach Hause? Wissen Sie, wie wenig des täglich verbrauchten Wassers tatsächlich zum Trinken benutzt wird?

In der neuen Wasserausstellung der Erlanger Stadtwerke im Wasserwerk West werden Sie auf die Reise des Wassers mitgenommen.

Freihandelsabkommen und Wasserversorgung – Wasser ist keine Handelsware!

Von Dieter Krusemark
Aktiv bei der Attac-Regionalgruppe Erlangen

Der warnende Slogan von Attac „Die Welt ist keine Ware!“ gilt ganz besonders auch für unser kostbarstes Gut: Unser Trinkwasser.

Kein verbindliches Recht auf sauberes Trinkwasser

Die UN-Generalversammlung hat mit der Resolution 64/292 vom 28. Juli 2010 das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung anerkannt: „*Die Generalversammlung erkennt das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht an.*“

Doch die entsprechende Resolution hat, anders als internationale Verträge, keine völkerrechtliche Qualität. Sie ist lediglich ein politisches Statement.

Die EU-Kommission will ein verbindliches Grundrecht auf Wasser nicht einführen, da es nicht in der europäischen Grundrechtecharta vorgesehen ist.

Zudem ignoriert die EU-Kommission bei den Vertragsverhandlungen die Aufforderung des Europäischen Parlaments, für zukünftige Handelsabkommen die „*Wasserversorgung und sanitäre Grundversorgung sowie Abwasserentsorgung auf Dauer von den Binnenmarktvorschriften und allen Handelsabkommen auszunehmen, da diese als Teil der Daseinsvorsorge vorwiegend in öffentlichem Interesse sind und zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden sollen [...]*“ (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. September 2015 zu den Folgemaßnahmen zu der Europäischen Bürgerinitiative zum Recht auf Wasser (2014/2239(INI), Ziffer 22).

Privatisierung und Liberalisierung - Angriffe auf unser öffentliches Gut: Trinkwasser

Zwar ist es 2013 mit "Right2water" - der ersten erfolgreichen Europäische Bürgerinitiative (EBI) – gelungen, den Angriff der EU-Kommission auf unser Trinkwasser als öffentliches Gut abzuwehren.

Aber über die Hintertür der sogenannten Freihandelsabkommen wird weiter hartnäckig versucht, die Privatisierung und Liberalisierung des Wassersektors zugunsten globaler Konzerne durchzusetzen.

Die Freihandelsabkommen haben eine lange Geschichte. So richtig in das Licht der Öffentlichkeit sind sie erst mit dem Transatlantischem Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der EU und den USA gekommen. Wegen Trump „pausieren“ die Verhandlungen über das Abkommen.

Als aktueller Testfall für TTIP gilt das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada, kurz CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement). Für ein vollständiges Inkrafttreten bedarf das Abkommen noch der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente in der EU, Kanadas und der EU selbst.

Zwar verzichtete die EU-Kommission nach öffentlichen Protesten darauf, die Wasserversorgung in die sogenannte Konzessionsrichtlinie (regelt Vergabeverfahren) aufzunehmen. Auch enthält das Abkommen in Artikel 1.9 den Passus, dass *„CETA keine Partei verpflichtet, einem Investor die kommerzielle Nutzung von Wasser zu erlauben und dass Wasser in seinem natürlichen Zustand kein kommerzielles Gut darstellt.*"

Aber CETA enthält Sonderrechte für Investoren und auch Sonderklagerechte, die nur ausländische Investoren geltend machen können. So könnten gegen öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung, z.B. bei Rekommunalisierungen, künftig Klagen kanadischer Investoren drohen.

Ein weiteres Problem sind die Negativlisten: Hier müssen all jene Sektoren ausdrücklich erwähnt werden, für die Ausnahmen von der Liberalisierung gelten sollen. Öffentliche Wasserbetriebe warnen, dass eine Rekommunalisierung unmöglich werden könnte, falls sie künftig neue Aufgaben übernehmen wollen – etwa das Recycling von Rohstoffen aus Abwässern.

Beim Freihandelsabkommen EU-Japan JEFTA (Japan-EU Free Trade Agreement) hat es die EU-Kommission geschafft, die bei CETA durch öffentlichen Druck eingefügten Verbesserungen bei der Daseinsvorsorge zu vermeiden. JEFTA wurde wieder größtenteils geheim verhandelt, von der nach TTIP und CETA versprochenen Transparenz war nichts zu merken. Das Abkommen wurde am 17. Juli 2018 unterzeichnet, ihm muss aber im Dezember 2018 noch vom Europäischen Parlament zugestimmt werden, um in Kraft treten zu können. Eine Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten ist bei JEFTA nicht vorgesehen.

Die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sieht bei JEFTA einen erhöhten Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck auf die bisher überwiegend von der öffentlichen Hand betriebenen Trinkwasserversorgung sowie die Abwasserentsorgung. So ist z. B. der deutsche CETA-Vorbehalt für Abwasser entfallen, JEFTA enthält daher für japanische Firmen eine Marktzugangsverpflichtung zur Abwasserentsorgung in Deutschland. Die beiden Verbände sehen auch die Gefahr, dass das Abkommen später ohne parlamentarische Beteiligung auf Wasser-relevante Marktbereiche wie die private Aneignung von Grundwasser und den Investitionsschutz ausgedehnt werden könne.

Seit 2012 wird, wieder einmal unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dafür unter Einfluss der Konzernlobbyisten, über ein internationales Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen TiSA (Trade in Services Agreement) verhandelt. Beteiligt sind die selbsternannten „Really Good Friends of Services“, das sind die EU, USA und 21 weitere Staaten. Ihr Ziel: Dienstleistungen von „Handelshemmnissen“ befreien.

Die internationalen Konzerne auf dem Dienstleistungsmarkt erwarten sich Milliardenprofite von einer Privatisierung der Daseinsvorsorge. Dazu zählen z.B. Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Schulen und Kindertagesstätten, Gesundheitswesen, Straßenbau und -reinigung, Stadtwerke oder öffentlicher Personennahverkehr. Grundsätzlich ausgenommen sind bei TiSA nur öffentliche Dienstleistungen „in Ausübung hoheitlicher Gewalt" und Dienstleistungen, die weder „zu kommerziellen Zwecken" noch „im Wettbewerb mit Privaten" stehen. Das trifft letztlich für kaum eine Leistung zu.

Sieht man sich – im Vergleich zu den anderen Handelsabkommen – an was da verhandelt wird, kann man wirklich sagen: „TiSA ist böse“.

Privatisierung und die Folgen

Privatisierung wird von Politik und Wirtschaft als die einzig wahre Form der Bewirtschaftung – auch von Trinkwasser – gepriesen. Private Betreiber seien dem Markt unterworfen und damit wegen der Konkurrenz am preiswertesten für den Verbraucher. Das Märchen vom freien Markt (siehe auch weiter unten: Realität der Wasserprivatisierung) wird gerne und immer wieder und wieder erzählt. Da nur wenige große Konzerne wie Veolia Water, Thames Water, Suez und Bechtel Corporation sich den Markt teilen, was als Oligopol bezeichnet wird, gibt es quasi keine Konkurrenz. Daneben gibt es anderer logische Gründe, die gegen eine Privatisierung sprechen:

- Gewinn – Konzerne wollen möglichst hohen Gewinn machen, das bedeutet möglichst viel Umsatz über den Preis und niedrige Kosten durch Einsparung bei Investitionen (z. B. Leitungsnetz, Wasseraufbereitung) und Personal (z. B. Wartung).
- Ressource Trinkwasser – Konzerne haben natürlicherweise keine Interesse daran, den Trinkwasserverbrauch niedrig zu halten oder gar zu reduzieren (Umsatz!). Sie haben auch kein Interesse die beste Qualität des Trinkwassers zu liefern (Kosten!) Wasserwerke in öffentlicher Hand können da anders agieren.
- Sichere Versorgung – Konzerne sind auf kurzfristige Gewinnoptimierung ausgerichtet. Sie machen sich daher auch keine Gedanken, ob in 10, 20 oder 30 Jahren noch genug sauberes Trinkwasser zur Verfügung steht.

Die Realität der Wasserprivatisierung sieht anders aus, hier drei Beispiele als Abriss:

- Cochabamba, Bolivien
  1999 Vertrag mit 40 Jahren Laufzeit! - Investor: „Aguas del Tunari“ (Baukonzern Bechtel)
  Preissteigerungen von über 100 Prozent in wenigen Wochen. Nutzung von Regenwasser wurde verboten, Enteignung lokaler Brunnen.
  Folge: Proteste – landesweiter Generalstreik – Ausrufung des Notstandes – Einsatz von Militär – 6 Tote.
- London
  1989 privatisiert – Investor: „Thames Water“
  Preisanstieg in den ersten 10 Jahren 99 Prozent (real: 44 Prozent)!
  Gewinnsteigerung in den ersten 10 Jahren 160 Prozent (real: 92 Prozent).
  Gewinnspanne 1998 43,6 Prozent, Exorbitante Managergehälter.
- Berlin
  Teilprivatisierung 1999, 49,9 Prozent an Konsortium RWE, Vivendi (Veolia) und Allianz für 1,68 Milliarden Euro - Geheimverträge!
  Garantierte Rendite für das Konsortium von 8 Prozent über 28 Jahre.
  Wegen der Rendite jährliche Preisteigerungen, 2004 15 Prozent.
  Entgegen dem Versprechen: 2.000 von 6.000 Stellen abgebaut.
  Inzwischen für viel Steuergeld wieder komplett verstaatlicht.

Aktiv werden gegen die Gefährdung von Demokratie und Gemeinwohl durch Freihandelsabkommen

Am bundesweiten dezentralen CETA-Aktionstag am 29. September 2018 organisiert Attac Erlangen zusammen mit anderen Erlanger Organisationen eine Demonstration. Start ist um 11 Uhr am Rathausplatz.

Besonders würden wir uns über neue Aktive für unserer Attac-Gruppe freuen.

Positive und negative Erfahrungen eines Neumitgliedes in der SPD

Von Jürgen Gräser

Liebe Genossen, liebe Genossinnen
nach nunmehr über einem halben Jahr Mitgliedschaft möchte ich Euch nun meine positiven und ernüchternden Erfahrungen als Mitglied in der SPD mitteilen. Ich bin 59 Jahre alt und war immer schon ein Sympathisant der SPD, jedoch sah ich nie die Notwendigkeit in die Partei einzutreten (kostet ja Arbeit und dann noch zusätzlich Geld). Nach der letzten Bundestagswahl und dem darauf folgenden Chaos um Martin Schulz war es dann doch endlich so weit: Das Chaos gab mir nun den Ruck, endlich in die SPD einzutreten um hier etwas zu bewirken.

Der Beginn in der Partei war dann auch für mich sehr erfreulich und interessant – man wurde zu einem Neumitglieder-Empfang seitens der Erlanger SPD mit Überreichung des Parteibuches eingeladen mit anschließender Diskussion zum Mitgliedervotum zur Koalition.

Kurze Zeit später fand dann auch Seitens des SPD-Distriktes Anger-Bruck eine entsprechende Diskussion im FSV-Sportheim statt. Hier kam dann die erste Ernüchterung für mich: Vom ganzen Distrikt kamen dann außer mir dann nur noch zwei Personen – somit haben wir dann zu dritt über das Thema – auch kontrovers – diskutiert.

Es kamen dann die Abstimmungsunterlagen – und diese Form fand ich dann schon sehr befremdlich: Statt neutral zu sein, wurde man noch einmal dazu gedrängt, positiv für die Koalition zu stimmen. Das Votum ging dann entgegen meiner Meinung aus – aber so ist ja Demokratie.

Daran anschließend fing dann das Chaos in der SPD erst richtig an: Martin Schulz wollte plötzlich Außenminister werden und löste dann damit endlich einen Aufstand der Basis aus. Alle weiteren Peinlichkeiten, die daraufhin folgten, will ich Euch ersparen hier noch einmal zu schildern. Der Normalbürger konnte da nur noch mit dem Kopf schütteln. Jedenfalls gingen die Umfragewerte weiterhin nach unten – was für mich nicht verwunderlich war.

Ich wurde dann von der Bayern-SPD zu einem Neumitgliederseminar am 28. April in München eingeladen, welches aufgrund der sehr vielen Parteieintritte auch sehr gut besucht war. Auch die Diskussionen dort waren sehr interessant.

Am 1. Mai war ich dann in der Stadt in Erlangen und habe dort den Stand der SPD gesehen – das war wohl nicht so der Renner. Wenn man den Stand nicht aufgebaut hätte wäre der positive Effekt für die SPD wohl auch kein anderer gewesen. Das hätte man bestimmt

besser machen können.

Am 11. Mai meldete ich mich dann zur Wahlwerkstatt zur Landtagswahl an – anscheinend besteht aber hier seitens der Basis kein Interesse, der Termin wurde mangels Teilnehmer abgesagt.

Ich nahm dann an einigen Workshops der Erlanger SPD teil (z.B. Workshop Stadtratsfraktion, Workshop Stadt der Zukunft) und auch an einem Speed-Dating der Neumitglieder mit den SPD Führungsleuten. Ebenso fand ich die KMVs sehr interessant. All dieses war äußerst interessant und ich kann nur jedem passiven SPD-Mitglied empfehlen, auch einmal an solchen Workshops teilzunehmen, um die Kommunalpolitik aktiv mit zu gestalten und nicht nur den Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Jedoch zu meinem Bedauern fand in dieser gesamten Zeit (van Januar bis August) keine Distriktversammlung im Distrikt Anger-Bruck statt. Man las zwar in den EN, dass unser Distriktsvorsitzender als Stadtteilbeirat aktiv ist – jedoch als SPD-Mitglied fühlt man sich hier doch sehr allein gelassen. Auch auf mehrfache Anfrage per E-Mail kam niemals eine Antwort. Irgendwann einmal verliert man dann doch als normales SPD-Mitglied die Lust, hier im Distrikt irgendetwas zu bewegen.

Somit komme ich nun endlich zu meinem Fazit:

1. Distrikt:
   Ich bin als SPD-Mitglied von meinem Distrikt Erlangen-Anger stark enttäuscht. Ein Parteileben gibt es hier anscheinend nicht – zum Glück gibt es einen aktiven Kreisverband.
2. Kreisverband:
   Hier wurden meine Erwartungen voll erfüllt. Man kann (wenn man will) am Parteileben und der Politik teilnehmen und damit die daraus folgenden Entscheidungen aktiv beeinflussen – man muss nur an den entsprechenden Arbeitskreisen teilnehmen.

   Beim Projekt „ER West III“ ist man aber leider zu passiv – Warum lässt man das Thema der Hochspannungstrassen so lange hochkochen? Man hätte doch gleich mit der Erdverkabelung gegenargumentieren können – dieses ist doch Stand der Technik und man hat doch noch etliche Jahre für die Verwirklichung Zeit.
3. Landesverband:
   Obwohl in Kürze Landtagswahlen stattfinden wird hier immer noch kein Engagement der Basis gefordert. Anscheinend wird die Basis wiederum nur für das Kleben von Plakaten benötigt. Der einzige bisherige Workshop wurde aus Mangel an Teilnehmern abgesagt. Hier ist dann aber auch die Basis gefordert – also nicht immer auf „die da Oben“ schimpfen – auch einmal selber aktiv werden.

   Ein Wahlkampf selber findet bisher nicht spürbar statt – daher auch die katastrophalen Umfragewerte. Vielleicht wird man ja doch noch einmal wach – warum z.B. klagen die Grünen gegen das PAG, hat man das bei der SPD wieder einmal verschlafen?
4. Unsere Bundestagsfraktion.
   Gibt meiner Meinung nach ein sehr schlechtes Bild ab – ein Unterschied zu der vorherigen Regierung ist nicht festzustellen, von einer Erneuerung kann man erst einmal gar nicht sprechen. Man hat wieder einmal etliches aus den SPD Forderungen durchgebracht und auch verwirklicht, aber es kann dieses hier einmal wieder nicht der Bevölkerung als SPD-Erfolg vermittelt werden – wie es auch in der letzten Regierungsperiode stattfand. Fehlen uns hier die richtigen Leute?

   Allerdings wenn ich einen Olaf Scholz da sitzen sehe, der die Politik vom Schäuble 1:1 ohne Änderung weiterführt dann wundert mich der Absturz der SPD nicht. Unsere Fraktionsvorsitzende ist von „Jetzt gibt es ein’s in die Fresse“ zum Papiertiger geworden, die der CDU aus der Hand frisst. Demnächst kann sie dann als Erfolg von sich behaupten: „Mit uns geht es aber langsamer abwärts“. Alles nach dem Motto „Vorwärts nimmer, abwärts immer“

Ich habe mir jetzt einmal meinen Frust von der Seele geredet und hoffe, dass es mit der SPD dann doch wieder aufwärts geht. Ich bin jedenfalls dabei.

Euer Jürgen

Sozialgerechte Bodennutzung – ein zentrales Instrument für den kommunalen Wohnungsbau

Von Gerhard Carl

Explodierende Mietpreise, unbezahlbarer Wohnraum, verdrängte Mieter – die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt in den meisten deutschen Großstädten und Ballungsräumen ist aktuell eine der drängendsten sozialpolitischen Fragen.

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in Deutschland fast zwei Millionen bezahlbare Wohnungen. Als bezahlbar gilt: Die Warmmiete sollte nicht höher als ein Drittel des Nettoeinkommens sein. Das macht es für Familien und sozial Schwache schwer, in Städten überhaupt eine Wohnung zu finden. Hinzu kommt das Faktum, dass jedes Jahr 50.000 bisherige Sozialwohnungen aus der Sozialbindung herausfallen.

Die Entwicklung der Sozialwohnungen:

- 1990: 2,9 Mio.
- 2017: 1,2 Mio.
- Prognose für 2020: 1 Mio.

(Quelle: ZDF-Sendung Frontal 21 vom 31. Juli 2018)

Nach Ablauf der Sozialbindung können Sozialwohnungen verkauft werden oder der Eigentümer modernisiert. Nach dem Gesetz können elf Prozent der Modernisierungsumlage auf die Miete umgelegt werden (zukünftig acht Prozent). Dies bedeutet, dass in nicht seltenen Fällen die Miete um über 50 Prozent steigt. Betroffene Mieter, besonders Rentnerinnen und Rentner oder Familien mit einem Durchschnittseinkommen, können sich hohe Mietsteigerungen nicht leisten und sind daher gezwungen, sich eine andere Wohnung zu suchen. In den regionalen Ballungsräumen entstehen soziale Brennpunkte. Um den Bestand der Sozialwohnungen längerfristig zu sichern, müsste die Bindungsfrist bei Sozialwohnungen verlängert werden (40 Jahre und mehr).

Die Modernisierungsumlage gehört auf dem Prüfstand.

In Münster zum Beispiel steht die Fortschreibung der Münsteraner Wohnungspolitik durch das Instrument der „sozialgerechten Bodennutzung“ im Mittelpunkt. Mit dem Ratsbeschluss „sozialgerechte Bodennutzung in Münster“ hat die Verwaltung ein zentrales Modul des Kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen weiterentwickelt. Ziel ist dabei, die Baulandbereitstellung und den Wohnungsmarkt durch eine neu auszurichtende mittel- und langfristig angelegte kommunale Boden- und Liegenschaftspolitik zu unterstützen, um einerseits den aktuellen Engpässen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen und dabei gleichzeitig eine ausgewogene Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zu erzielen.

Schwerpunkt in den kommenden Jahren soll die Herstellung von bezahlbaren Wohnungen sein. Auch in Münster fehlt es an bezahlbarem Wohnraum und an Sozialwohnungen. Die Stadt Münster besitzt kaum noch eigene Grundstücke, auf denen sie Wohnungen bauen könnte. Deshalb hat die SPD-Fraktion beantragt, im Investitionshaushalt Mittel für den Erwerb von Grundstücken in einem Neubaugebiet einzuplanen. Es sollen bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen entstehen, nach Möglichkeit im Genossenschaftsmodell, denn es soll verhindert werden, dass Investoren die Fördergelder abschöpfen und nach Ablauf der Bindung die Wohnungen luxussanieren und die Mieterinnen und Mieter ausziehen müssen oder die Gemeinde dann hohe Wohngeldzuschüsse zahlen muss.

Aktuell befindet sich die Stadt Münster in der konkreten Vorbereitung der Kernbausteine Baulandentwicklung, Sozialgerechte Bodennutzung und Sozialer Wohnungsbau. Von der Verwaltung wurden drei Vorlagen erarbeitet, die Ende März/ Anfang April 2014 von den politischen Gremien beschlossen wurden: Vorlagen zum Münsteraner Modell der Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN Münster (V/0039/2014)), zum Baulandprogramm 2014-2020 (V/0115/2014) und zur Wohnraumförderung NRW 2014-2017 (V/0239/2014). Für die Erarbeitung des Münsteraner Modells der „Sozialgerechten Bodennutzung“ wurden Beispiele anderer Städte herangezogen, die dieses Instrument schon seit einiger Zeit anwenden. Eine dieser Städte ist München.

In München wird das Instrument der sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) bereits seit 20 Jahren eingesetzt. Dabei ist die SoBoN weder eine Münchener Besonderheit noch eine „Planungsgewinnabschöpfung“, sondern eine reine Rechtsanwendung nach Baugesetzbuch.

Im Rahmen der SoBoN schließt die Stadt München städtebauliche Verträge zur Übernahme von Kosten und Lasten, die im Zusammenhang mit städtebaulichen Planungen entstehen, durch die Planungs-begünstigten (planungsbegleitende Verträge nach §11 BauGB). Diese Verträge sind kein Ersatz für die Bauleitplanung; die Verantwortung für das Planaufstellungsverfahren bleibt bei der Gemeinde, auch wird die gemeindliche Planungshoheit nicht in Frage gestellt. Entsprechend §11 Abs.2 BauGB dürfen jedoch keine Leistungen vereinbart werden, wenn auch ohne sie Anspruch auf Gegenleistung besteht. So sind u.a. für Vorhaben im Innenbereich, die im Rahmen von §34 BauGB zulässig sind, daher grundsätzlich keine SoBoN-Lasten möglich. Voraussetzung ist zudem, dass eine Planung ursächlich Kosten bzw. Lasten bei der Gemeinde auslöst (§11 Abs.1(3) BauGB). Die Stadt München vereinbart SoBoN-Lasten zudem nur in Fällen, in denen die Planung zu einer Bodenwertsteigerung in nicht unerheblichem Umfang führt.

Bebauungsplanverfahren werden seitdem in München nur unter der Voraussetzung eingeleitet, dass der Planungsbegünstigte die SoBoN-Regularien grundsätzlich anerkennt. Auch der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan erfolgt erst, wenn eine Grundvereinbarung mit dem Begünstigten vorliegt, die die Kostenübernahme, die Anteile geförderten Wohnungsbaus, die Sicherung einer gemischten Wirtschaftsstruktur und eine Bauverpflichtung regelt.

Erfolgsfaktoren der SoBoN München: Entscheidend für den Erfolg der SoBoN München ist, dass das Modell die ganzen 20 Jahre aus der politischen Diskussion herausgehalten werden konnte. Grundsätzlich gab es jedoch nahezu von Anfang an einen breiten, parteiübergreifenden Grundkonsens, der bis heute anhält. Direkt zu Beginn wurde der Dialog mit der Bau- und Wohnungswirtschaft gesucht, um die Mitwirkungsbereitschaft derjenigen zu erlangen, die die SoBoN-Projekte (=Sozialgerechte Bodennutzungsprojekte) umsetzen und finanzieren müssen. Bis heute tagt anlassbezogen (künftig eventuell regelmäßig einmal im Jahr) ein Runder Tisch, bei dem frühzeitig u.a. über aktuelle Vorhaben der Stadt informiert wird.

Aus dem Bauch gesprochen:

SPD erneuern. Lieber heute als morgen keine Veränderung... ugs.: wasch mich, aber mach mich nicht nass.

Von Monika Fath-Kelling

- „Jede Identität ist auf Differenz hin konzipiert.“
- „Das Identische muss sich vom Nichtidentischen abgrenzen.“
- „Es kann keine Identität aus sich selbst heraus geben.“

Jede Politik fußt dementsprechend auf dem Antagonismus verschiedener politischer Vorstellungen, braucht also permanenten Widerstreit.

Bis dahin hat das politisch linke Lager – und hier insbesondere die SPD – Chantal Mouffles (1943 geborene belgische Politikwissenschaftlerin) Theorie einer „Radikalen Demokratie“ schon suuuper verstanden. Aber dann auch schon mehrfach auf Grund mangelhafter Streitkultur das „Kind mit dem Bade“ ausgeschüttet: Statt sich gepflegt und offen zu streiten und permanent zu reiben, die Ideen Funken sprühen zu lassen

weil man/frau verstanden hat, dass Demokratie nicht alternativlos ist, sondern stetig neu erstritten und aktualisiert werden muss, ließ man/frau sich von rechtskonservativer Seite weismachen Ruhe sei die erste Bürgerpflicht. Die „Reihen fest geschlossen“ die Erscheinungsform, die einer Partei am besten zu Gesicht steht, offen ausgetragene Differenzen signalisieren unproffessionelles Parteimanagement etc. Mit der fatalen Folge immer wiederkehrender Abspaltungen und unversöhnlicher „Feindschaft“ linker Gruppierungen untereinander. Die Strategie „Teile und herrsche“ ist für den eigentlichen politischen Gegner also fantastisch aufgegangen. Leider.

Und jetzt soll Sahra Wagenknecht, die den vernünftigen Anlauf unternimmt, linke Politik endlich projektbezogen, mit wechselnden Mehrheiten diverser Parteigruppen durchsetzen zu wollen, wie eine räudige Katze vom linken Hof gejagt/gemobbt werden. Weil sie nicht weiter der „reinen Lehre“ sortenreiner Gruppen nie an die Hebel der Durchsetzbarkeit gelangender Puristen huldigen mag. Verrat! Verrat!! Verrat mir doch einer, wieso dieser Purismus echter und besser links sein soll als die Verwirklichung linker Einzelprojekte.

O Herr! so es dich gibt, schmeiss Hirn vom Himmel! Wir haben’s sowas von nötig!!

Nochmal zum Nachbeten und Mitsingen: Demokratie ist nicht alternativlos. Und linke Politik ebenso. Sie müssen stetig erstritten werden. Nicht einmalig „heldenhaft“ in einer großen Revolution herbeigekämpft. Sie müssen nach den Gepflogenheiten/Möglichkeiten des Zeitgeist dauernd aktualisiert werden.

Aufstehen also, liebe Genossen.

#SPDerneuern

Eine Zusammenstellung aus Diskussionen der AG60plus

Einige Anmerkungen zur Erläuterung

(ha) #SPDerneuern ist leider sehr schnell zu einem beliebten Allerweltsschlagwort geworden und keiner weiß, was gemeint ist und was er damit anfangen soll.

Nach dem schlechten Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017 hat der Generalsekretär erstmals eine unabhängige Evaluation der Partei in Auftrag gegeben. Das Ergebnis dieser Evaluierung liegt jetzt vor: Ein 107 Seiten umfassendes Papier, das jedes Parteimitglied lesen kann und das eine ehrliche und schonungslose Analyse der Partei darstellt. Dieses Papier mit dem Titel „Aus Fehlern lernen“ sollte bei allen weiteren Überlegungen und Diskussionen über SPDerneuern mit herangezogen werden. Und was ist am Laufen?

1.: Von Oben: Am 29. Juni kam mit Absender Andrea Nahles und Lars Klingbeil eine Mail an die Mitglieder mit der Anfrage nach „ihren Ideen für morgen“. Es waren von der Bundespartei vier Lenkungsgruppen zu vier Themenbereichen gegründet. Zu den Themenbereichen wurden bereits Impulspapiere und Fragen zu den Themen versandt und Alle sollen mitdiskutieren (sehr basisdemokratisch). Die Ergebnisse sollen dann in sog. Debattencamps weiter bearbeitet werden. Das erste Debattencamp ist für 11./12. November in Berlin geplant. Es sollen weitere auch regionale Debattencamps folgen.
2. Auf Bezirksebene haben sich bereits mehrere neue Arbeitskreide gebildet, die zum Mitmachen einladen (Europapolitik, Queer, Digitalisierung und mehr?) Auch die hängen sich z.T. das Label #SPDerneuern um.
3. Lokal vor Ort: Im Juli/August-Monatsspiegel hatte der Kreisvorstand zu einer Diskussion des Papiers der Evaluation zum 18. Juli ins ABH eingeladen. Der Ansturm der Parteimitglieder hielt sich in sehr engen Grenzen (Wir waren zu fünft, also ca. ein Prozent unserer Mitglieder, davon drei Juso, ein 60plus und unser Vorsitzender). Dankenswerter Weise hat Dieter eine Zusammenfassung wichtiger Inhalte und seiner persönlichen Gedanken auf sechs Seiten schriftlich verfasst und uns diese weitergeleitet. Diese Arbeit darf nicht umsonst gewesen sein. Er ist einverstanden, dass das Papier im MS abgedruckt wird für die weiteren Diskussionen.

Bei 60plus haben wir uns schon länger und öfter mit offenen Grundsatzfragen beschäftigt. Daher kommt auch das Impulspapier für die Veranstaltung mit Johanna Ueckermann. Wir werden uns bei 60plus aber auch weiterhin darum bemühen, dass auf UB-Ebene politische Themen für alle offen diskutiert werden. Sollte der UB auch künftig nicht Willens oder in der Lage sein solche Veranstaltungen zu organisieren, muss das dann wieder auf lokaler Ebene gemacht werden, dann sollen aber die Mitglieder des KV ERH wenigstens dazu eingeladen werden.

Positionspapier zur Diskussion mit Johanna Uekermann

Zur inhaltlichen Vorbereitung einer Diskussionveranstaltung mit Johanna Uekermann wurde bei 60plus schon heftig diskutiert. Daraus entstand die folgende Zusammenfassung.

Zu Beginn ein Auszug aus einem Papier der SPD-Grundwertekommission (https://grundwertekommission.spd.de/unsere-grundwerte/). Es gibt noch andere interessante Artikel dazu im Internet:

„... Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit”, die Grundforderungen der Französischen Revolution, sind die Grundlage der europäischen Demokratie. Seit das Ziel der gleichen Freiheit in der Moderne zum Inbegriff der Gerechtigkeit wurde, waren und sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Sie bleiben unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine bessere Ordnung der Gesellschaft, Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Der Sozialdemokratie ging es in ihrer Geschichte immer darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der Teilhabe und der Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen.

Konservative und Liberale spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.

Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht, und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.

Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, kann auf Dauer selbst nicht frei sein.

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil: Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkünfte dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion.

Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität ...“

Nach dieser Einführung noch einige Bemerkungen, die schon in unseren Diskussionen bei 60plus angesprochen worden sind:

In dem Papier der Grundwertekommission wird im ersten Absatz von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ausgegangen, und dies für einen Staat des freiheitlichen demokratischen Sozialismus. In den weiteren Ausführungen wird die Gleichheit zur Gerechtigkeit und die Brüderlichkeit zur Solidarität. Der Staat des demokratischen Sozialismus wird zu einem Staat sozialer Demokratie.

Ist das alles dasselbe? Sind das nur Synonyme? Jedenfalls sollte wesentlich schärfer und verständlich deutlich gemacht werden, was die Grundwerte sein sollen, was sie bedeuten und wie sie erreicht werden sollen.

Schließlich steht noch die Frage im Raum, ob diese drei Grundwerte in der heutigen Zeit noch ausreichen, um die SPD für Wähler verstehbar und wählbar zu machen.

In unseren Diskussionen zeigten sich drei wichtige Politikfelder, die als weitere Grundwerte sozialdemokratischer Politik herausgearbeitet werden sollten: Die SPD als die Partei des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit, die SPD als Garant für Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung (eine praktische Entwicklung des Subsidiaritätsprinzips), und schließlich: die SPD als Partei einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftspolitik.

Soweit unsere Anfangsideen als Versuch, etwas Ordnung in einen langwierigen Prozess zu bekommen.

Alle sind aufgerufen, an dem Prozess #SPDerneuern teilzunehmen.

Zusammenfassung/Thesenpapier von Dieter Rosner des Papiers „Aus Fehlern lernen“ des Parteivorstands

Der Ruf nach Erneuerung ist innerhalb der SPD die Forderung der Stunde. Und doch: Alle Organisationsreformen, Personalwechsel und sonstigen Erneuerungsbemühungen werden nicht viel bewegen, wenn die SPD nicht zu einer Verständigung darüber gelangt, wer sie eigentlich ist, was sie vorhat mit dieser Gesellschaft und für wen sie Politik machen will, zu welchem Ziel – und mit welchen Weggefährt*Innen.

2. Volkspartei ohne Volk

Problemlösungskompetenzen: Zuschreibungen schwach

- Martin Schulz vermochte es in der Anfangsphase, schlummernde SPD-Potenziale in der Gesellschaft anzusprechen und für sich zu begeistern. Und das auch in Gruppen, die der SPD lange den Rücken gekehrt hatten. Es wäre bei dieser Wahl für die SPD also einiges möglich gewesen, unter Umständen selbst die Kanzlerschaft. Diese Klientel ging jedoch schnell wieder verloren. Schlimmer noch: Auch bereits sicher geglaubte Wähler*Innen gaben der SPD nicht ihre Stimme.
- Besonders eklatant sind die Schwächen bei Wähler*Innen, die mitten im Leben stehen: Wähler*Innen zwischen 30 und 44 Jahren, Erwerbstätige, Akademiker*Innen.
- Die SPD hat diese Wähler*Innengruppen den kleineren Parteien überlassen: Den Grünen, der Linkspartei, der FDP und auch der AfD.
- Das wäre nicht weiter schlimm, wenn sie es dafür geschafft hätte, andere Wähler*Innensegmente überdurchschnittlich anzusprechen. Hat sie aber nicht.
- Die SPD rannte im Wahlkampf ihrem

Markenkern soziale Gerechtigkeit hinterher, ohne diesen inhaltlich mit einem modernen und sozialpolitisch lebensweltlich relevanten Programm zu untermauern.
- Partei und Kandidat fehlte es an Zukunftskompetenz und moderner Ausstrahlung.
- Ein Indikator für Modernität und eine gesellschaftspolitische Vision wäre der Erfolg bei jungen Wähler*Innen. Der aber bleibt seit über zehn Jahren aus

3. Kampagnen: Schiffbruch mit Ansage.
„Es gab in nahezu sämtlichen geführten Gesprächen eine klaren Befund: Die Kampagne 2017 hatte zu keinem Zeitpunkt eine strategische Grundlage. Sie hatte keinen Kompass und wurde aus dem Moment heraus geführt. Das Tragische an der Kampagne 2017 war obendrein, dass in ihr exakt die gleichen Fehler begangen wurden wie in der Kampagne 2013.“ (Seite 46)

Anforderungen an eine Kampagne: Kontinuität und Spontaneität.

Die Zersplitterung der Medienkanäle bringt bedeutende Veränderungen:
- nachlassende Nutzung tradierter Informationskanäle wie Tageszeitungen = Die Abnahme von Kollektivwissen
- Das Verschwinden von Gleichzeitigkeit: Immer weniger Menschen sehen immer weniger gleichzeitig.

Daraus folgt: Es dauert immer länger, Botschaften breit zu vermitteln. Vor allem aber dauert es wesentlich länger als bisher, ein negatives Bild zu korrigieren. Das Erscheinungsbild der SPD auf Bundesebene ist über das vergangene Jahrzehnt hinweg von zahlreichen Brüchen, Widersprüchen und Sprunghaftigkeiten geprägt:
- Eine Kampagne muss daher das eigene Erscheinungsbild ständig überprüfen, um im Zweifelsfall korrigierend eingreifen zu können.
- Die SPD-Bundestagswahlkampagne war bezüglich ihrer Digital/Social-Media-Power personell völlig unterbesetzt. Vor allem aber war das Team auch nicht Teil eines strategischen Zentrums: Es gab gar keines.
- Die Wahlkampfleitung unterließ es ihrerseits auch sträflich, der Agentur ein klares Anforderungsprofil vorzugeben. Entsprechend arbeitete auch das Inhouse-Targeting-Team weitgehend ohne klare Budgetvorgaben oder Zielgruppendefinitionen.
- Die Kampagne fand weitgehend auf den Werbekanälen von 1998 statt.

Folge: Das Willy-Brandt-Haus muss sich (digital) neu aufstellen. Auch die Trennung von Kommunikation, Social Media, News Room und Pressestelle ist absolut nicht mehr zeitgemäß.

In jedem Fall muss die Partei schnell handlungsfähig werden und sich für die kommende Bundestagswahl aufstellen. Die Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes muss beinhalten:
- Strategische Antizipation der für spätestens 2021 zu erwartenden Ausgangslage.
- Was bedeutet die Regierungsbeteiligung für den Wahlkampf? Welche personelle Konstellation ist zu erwarten – auf SPD-Seite, aber auch bei den Wettbewerbern?
- Die Partei muss die Zeit nutzen, um neben der Regierungsarbeit und der Abarbeitung des Koalitionsvertrages Zukunftsprojekte zu entwickeln. Für diese Koordination braucht es eine zentrale Anlaufstelle und ein Kernteam, das mit Prokura ausgestattet ist. Befindet sich die Partei in der Opposition, gilt das gleiche.
- Timing vom kommenden Wahltag an rückwärts angelegt mit einem Fahrplan für die programmatische und personelle Weichenstellung.
- Den organisatorischen Aufbau einer schlagkräftigen Kommunikationszentrale und einen Zeitpunkt, wann diese in eine Wahlkampfzentrale übergeht.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

- Die frühzeitige Vergabe von Forschungsaufträgen zur begleitenden Entwicklung von Kommunikationsszenarien.

Allgemein

- Die SPD muss wieder auf der Höhe der Zeit ankommen und zentrale Zukunftsprojekte definieren.
- Die SPD muss dafür offen, spannend und einladend wirken.
- Dafür muss sie Ideen in die Partei hinein bis zu den Ortsvereinen zur Debatte stellen.

4. Kampagne

Fazit: (Seite 70)

- Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die Vorbereitung einer erfolgreichen Wahlkampagne beginnt am Tag eins nach der Wahl mit der Auswertung der zurückliegenden Kampagne. Instrumente werden auch zwischen den Wahlen weiterentwickelt.
- Die kollektive Verantwortungslosigkeit wird durch organisatorische Veränderungen der gewählten Führung angegangen. Für stellvertretende Parteivorsitzende und Präsidium werden Aufgaben und Zuständigkeiten definiert. Anzahl der Stellvertreter*Innen, des Präsidiums und Parteivorstands werden reduziert.
- Für Vorsitzende, Generalsekretariat, Schatzmeisterei und Bundesgeschäftsführung, für Wahlkampf- und Abteilungsleitungen werden klare Aufgabenprofile definiert. Der/die Personalchef*In hat die Personalverantwortung und koordiniert mit der Schatzmeisterei die personellen Veränderungen in den Landesparteien.
- Sämtliche Kommissionen, Foren und Arbeitsgruppen werden einer kritischen Überprüfung unterzogen. Ziel sind weniger permanente Kommissionen, dafür mehr zeitlich befristete und mit klarer Aufgabenbeschreibung eingerichtete Projektgruppen.
- Für sämtliche Wahlkreise und Landesverbände wird eine Stärken- und Schwächenanalyse erstellt: Wie ist die Partei aufgestellt?
- Die Führung entscheidet über eine Neuauflage des Projektes „10 unter 30“ für die Bundestagswahl 2021 und gegebenenfalls „3 unter 30“ für die Europawahl 2019.
- Die Parteizentrale wird in ein kommunikatives Kraftzentrum umgerüstet, falls nötig inklusive Umbauten.
- Der Eintritt zahlreicher Neumitglieder muss Anlass für eine qualifizierte Mitgliederstudie sein, die wiederum zeitnah in den Erneuerungsprozess einfließt.
- Für die Wahlkreise wird eine Wahlkreisdatenbank eingerichtet, in der die Best-ofs aller Wahlen der vergangenen fünf Jahre und die wichtigsten Erfolge der Bundesregierung (Förderprogramme, Infrastrukturmaßnahmen, wichtigste Medien) eingearbeitet werden. Sinnvollerweise wird die Datenbank kooperativ mit den Landesverbänden entwickelt und betreut.

Verkrustungen aufbrechen

- Das Denken in Lagern und Flügeln, in Parlamentarischer Linken und Seeheimern, in Netzwerkern, Refos und Stamokap ist eine Sichtweise von gestern. Dahinter steckt ein Politikverständnis, das außerhalb der Partei niemand mehr versteht und das nicht mehr vermittelbar ist. Der Respekt im internen Umgang, auch in der Auseinandersetzung, muss sich von einer Leerformel zu einer gelebten Selbstverständlichkeit entwickeln.
- Die kollektive Verantwortungslosigkeit, die die letzten Jahre geprägt hat, muss ein Ende finden. Deshalb muss die Führungsspitze in Präsidium und Parteivorstand verschlankt und Verantwortung neu definiert und zugeschrieben werden. Klar muss aber auch sein: Jeder Genosse, jede Genossin – vom einfachen Mitglied bis hinauf zum Präsidiumsmitglied – trägt Verantwortung für den Zustand der Partei, im Guten wie im Schlechten.
- Das Willy-Brandt-Haus braucht einen komplett neuen Zuschnitt. Es muss zuallererst in der Lage sein, Kampagnen zu organisieren, nicht Jubiläen, Podiumsdiskussionen und Preisverleihungen. Diesem Ziel ist alles andere unterzuordnen. Dazu gehört eine Politik der flachen Hierarchien, der offenen Türen, der Weitergabe von Wissen und der vertrauensvollen Kommunikation. Dafür muss die Parteizentrale in ein kommunikatives Kraftzentrum umgerüstet werden, falls nötig inklusive gebäudetechnischer Umbauten.
- In den Arbeitsbereichen der Parteizentrale müssen Personalentwicklung, Personalaufbau und Qualifizierung der Beschäftigten und Führungskräfte vorangetrieben werden. Maßnahmen für ein strukturiertes Ein- und Aussteigen neuer Mitarbeiter*Innen muss festgeschrieben werden.
- Die Parteischule sollte modifiziert, die Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Bildungsträgern der Landesparteien intensiviert werden. Neue Ortsvereins- und Unterbezirksvorsitzende sollten Qualifizierungsangebote erhalten, ebenso wie Kandidat*Innen der Landtage, des Bundestages und des Europäischen Parlaments – und zwar frühzeitig und verpflichtend. Mandatsträger*Innen erfahren auf Wunsch Coaching und Begleitung bei der Parlamentsarbeit.
- Das Kompetenzgerangel unter den verschiedenen Kraftzentren im WBH muss ein Ende haben. Eine kampagnenfähige Partei braucht ein strategisches Zentrum. Ein Zentrum, das eingespielt und divers besetzt ist.
- Der Prozess der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur muss neu geklärt werden. Der Personalvorschlag muss von der Parteiführung gemacht werden, bei mehreren Kandidat*Innen muss die Entscheidung von den Mitgliedern getroffen werden.
- Sollten mehrere Kandidat*Innen im Rennen sein, müssen sie an der Kampagnenentwicklung beteiligt werden, die Wahlkampfleitung muss Prokura haben, unterschiedliche Kampagnen entwickeln zu können.

5. Führung – Mittelbau – Basis

- Entfremdung,
- Gestaltungsmacht
- Antragskultur
- Innerparteiliche Demokratie

An der Basis ist die Lust verloren gegangen, Konzepte zu entwickeln, neue gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden und frische Ideen in die Parteispitze zu tragen.

Wenn die SPD wieder frühere Sympathiewerte erobern will, wird sie nicht umhinkommen, das angeschlagene Verhältnis zwischen Parteiführung und Mittelbau zu reparieren.

- Das Verhältnis ist gegenseitig von einem ausgeprägten Misstrauen überschattet. Der Mittelbau ist längst nicht mehr der Seismograph, der die Erschütterungen unten verlässlich nach oben transportiert.
- Umgekehrt sollte sich die Parteispitze vor Pseudobeteiligung und ver-

meintlich ergebnisoffenen Debatten hüten. Es müssen wieder verlässliche Orte des Austausches und der Entscheidungen geschaffen werden.
- Die Parteiführung und die Landesverbände müssen Maßnahmen fördern und verbreitern, die das Ziel haben, die Partei vor Ort als aktive, gut vernetzte und erfrischende Ideenschmiede auszubauen.
- Hilfreich könnten auch vertikale Kooperationen/Austauschformate der Gliederungen sein, bei denen „Best-Practice-Beispiele“ erfahren und weiterentwickelt werden können. Schließlich wäre die Führung gut beraten, in einer umfassenden Studie die Anforderungen, Erwartungen und Bedürfnisse ihrer Mitglieder erforschen zu lassen.

6. Fehlende Medienstrategie

Die SPD muss ihre Kommunikationsstrategie gründlich überarbeiten. Sie muss die Bedeutung strategischer Kommunikation wiederentdecken, sie muss den digitalen Bereich massiv ausbauen, sie muss sich professioneller aufstellen, sie muss in mehr Personal investieren – und sie muss offener, kreativer, zukunftsorientierter und überraschender werden. In der traditionellen Medienarbeit darf sich die Pressestelle des WBH nicht zu schade sein, auch die Funktion als klassischer Dienstleister zu übernehmen.

Wünschenswert wäre zudem die kurzfristige Initiierung eines von der FES begleiteten Forschungs- und Praxisprojektes über neue – und effektive – Formen der politischen Kommunikation.

Neue Kommunikationsstrategie:
- Unabdingbar ist die (Wieder-)Entdeckung einer strategischen Kommunikation. Dazu gehört ein/e profilierte/r Kommunikationschef*In, der durchdeklinierte Einsatz von Begriffen, Sprache und Bildern.
- Das Agenda-Setting und Framing muss unabhängig von Wahlkampagnen zum Alltagsgeschäft werden. Dazu gehört eine konsequent auf 360 Grad ausgerichtete Kommunikationsstruktur.
- Das Nebeneinander von Presse, Social-Media, Targeting, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und analoger Kommunikation muss beendet werden. Das WBH muss rund um die Uhr kommunikationsfähig sein. Dazu gehört auch eine substanziell ausgestattete Social-Media-Task-Force.

Koordination Bund – Länder – Kommunen: Trotz der dramatischen Niederlage hat die SPD in vielen Kommunen, Ländern und im Bund eine Gestaltungsmacht. Die Möglichkeiten aus der Regierungsbeteiligung müssen enger koordiniert und sichtbarer genutzt werden.

7. Begriffe, Sprache, Framing
- Die SPD hat das sogenannte Framing, das Besetzen von Begriffen, jahrzehntelang sträflich vernachlässigt.
- Nachdem die Konservativen auf zahlreichen Sachgebieten systematisch Begriffe geprägt haben, tritt nun die AfD als zusätzlicher Player auf den Plan, generalstabsmäßig aufgestellt, hemmungs- und skrupellos.
- Das Wichtigste für das Willy-Brandt-Haus wäre zunächst einmal eine gewisse Sensibilität für das Thema.
- Wenn das linke Lager auf dem Feld der Sprache nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten will, muss die SPD in das Framing deutlich mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen mobilisieren.

8. Klartext

Diagnose: Programmatische Unschärfe
- Die SPD muss also klarer und eindeutiger werden. Sie muss die wichtigen Fragen der Zeit beantworten und durch Haltung erkennbar werden.
- Sie wird sich in einer Reihe von Themen streiten müssen. Und sie wird sich entscheiden müssen: Eine solche Profilbildung innerhalb der Regierung ist eine besondere Anstrengung

Daraus folgt: programmatisches Profil ist notwendig (Flüchtlinge, Dieselgate, Innere Sicherheit).

9. Gute Regierungsführung

Auf allen Ebenen: von den Kommunen lernen
- Die Sozialdemokratie wird nur Glaubwürdigkeit und Vertrauen in sich als Partei und in ihre führenden Akteur*Innen zurückgewinnen, wenn sie sich viel intensiver mit dieser Art von Alltagsproblemen beschäftigt, wenn sie auf konkrete Herausforderungen konkrete Lösungen anbietet, wenn sie einen brennenden Ehrgeiz entwickelt, auf sich abzeichnende Mängel und Engpässe früher, schneller und effizienter zu reagieren.
- Lösen von Problemen eine höhere Priorität einräumen als Spiegelstrichen in Leitanträgen und Parteiprogrammen

--> Probleme konkret lösen
- Das Lösen von lebensnahen Problemen muss einen höheren Stellenwert bekommen.
- Das setzt einen wacheren, schnelleren und auch unkonventionelleren Politikstil voraus. Die SPD wird nur Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, wenn sie auf konkrete Herausforderungen konkrete Lösungen anbieten kann, wenn sie einen brennenden Ehrgeiz entwickelt, auf sich abzeichnende Mängel und Engpässe früher, schneller und effizienter zu reagieren.

10. Vertrauen
- Das Vertrauen in die politischen Repräsentant*Innen aller Parteien und ihre Problemlösungskompetenz ist massiv angeschlagen.
- Die SPD muss sich mehr als andere Parteien um eine Reparatur des beschädigten Verhältnisses zu ihren Wähler*Innen bemühen.
- In Regierungsfunktion muss die SPD alles daran setzen, den Eindruck von staatlichem Kontrollverlust in den verschiedensten Lebensbereichen zu vermeiden und den Unterschied in der politischen Konzeption zum Koalitionspartner sichtbar zu pflegen.
- Zurück erkämpfen wird sich die Partei ihre Glaubwürdigkeit aber nur mit einer Strategie und einem gesellschaftspolitischen Entwurf, die deutlich über das mutmaßliche Wahljahr 2021 hinausreichen.

Glaubwürdigkeit lässt sich nicht ad hoc herstellen, sondern es braucht eine politische Ausdauer, die weit über die Wahlkampfzeit hinausgeht. Spätestens heute muss also damit begonnen werden, spürbar in das Vertrauen der Wähler*Innen zu investieren, wenn die SPD weiterhin für diese relevant sein will.

Konkret bedeutet dies:
1. Berechenbarkeit: Die SPD muss klar machen, für welche Grundwerte sie steht und dass die Führung geschlossen für diese Werte einsteht.
2. Nicht mehr versprechen als umsetzbar ist. Wähler*Innen reagieren genervt und allergisch auf leere Versprechen.
3. Auf Augenhöhe agieren: Wähler*Innen möchten weder bevormundet noch verzwergt werden.
4. Kooperationen mit Zivilgesellschaft
5. Erfolge feiern, aber nicht übertreiben: Der Satz „Wir haben uns durch-

gesetzt“ gehört auf den Verbots-Index für politische Floskeln.
6. Gut regieren: Vertrauen entsteht durch Taten.
7. Positionen beziehen und halten: Wechselnde Positionen und Unberechenbarkeit lassen kein Vertrauen entstehen. Wähler*Innen müssen wissen, wofür die SPD steht und darauf vertrauen können, dass sich an dieser Haltung nichts ändert.
8. Wähler haben Anspruch auf eine verständliche Sprache

11. Gerechtigkeit als Thema
Die SPD muss das Thema Gerechtigkeit wieder auf die Tagesordnung setzen. Und es selbstbewusster als in den letzten Jahren begründen und durchdeklinieren. Dazu gehören die Verteilungsfrage, die Absicherung der großen Lebensrisiken, die unterstützende Funktion des Staates, die Mieten oder auch das Stadt-Land-Gefälle. Darüber hinaus muss sich die Partei aufmerksamer und intensiver als bisher den Dienstleistungsberufen zuwenden. Vor allem dort ist das Armutsrisiko zuhause.

Daraus folgt: Den pragmatischen Mittelweg verlassen: Die SPD muss sich wieder eine Haltung zulegen und daraus Politik ableiten. Sie muss sich in den wesentlichen Fragen der Zeit wieder ein Profil erarbeiten. Die SPD wird, kann und muss es nicht allen Wähler*Innen und auch nicht allen Genoss*Innen Recht machen. Keine Haltung erkennbar werden zu lassen, um niemanden zu verschrecken, führt dazu, am Ende alle zu verlieren.

12. Unterstützerinnengruppen
Die Unterstützer*Innengruppen nur alle vier Jahre zu mobilisieren, wenn mal wieder ein Wahlkampf ansteht, funktioniert nicht und macht deshalb auch keinen Sinn mehr. Die Kontakte zu Kulturschaffenden und Sportler*Innen, zu Wissenschaftler*Innen und Intellektuellen müssen auch in den Zwischenzeiten gesucht und gepflegt werden.

Daraus folgt: Allianzen pflegen. Die SPD muss wieder Bündnisse suchen, auch neue Bündnispartner. Wenn die SPD für Kampagnen prominente Unterstützer*Innen sucht, muss sie den Kontakt langfristiger und ernsthafter pflegen als bisher. Auch neue Kooperationen mit der Zivilgesellschaft sind zwingend erforderlich: Das gilt flächendeckend, aber besonders für die Regionen, in denen die SPD strukturell gar nicht mehr in der Lage ist, sich als kümmernder Ansprechpartner zu präsentieren.

Auch innerhalb der Partei braucht es neue Bündnisse, besonders für die Landesverbände, die deutliche strukturelle Probleme aufweisen. Helfen kann der Aufbau einer permanenten Campaign-Gruppe. Enthusiastische und erfahrene Leute, die bereits Monate vor der Wahl in die Landesverbände entsendet werden, um diese (wieder) kampagnenfähig zu machen.

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 19. September, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am 18. September, 20 Uhr, Kulisse

Unsere weiteren Termine 2018: 16. Oktober, 13. November und 11. Dezember. 16. Oktober und 11. Dezember werden gemeinsame Sitzungen mit den Jusos sein.

Für den Vorstand
Monika Fath-Kelling

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genoss:innen,
unsere nächste Sitzung findet statt am

Dienstag, 18. September, 19:30 Uhr, Pizzeria Romana (Brückenpaulus, Schronfeld 74)

Themenschwerpunkt der kommenden Sitzung ist die Wohnungspolitik.

Solidarische Grüße
Munib

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Sitzung am

Mittwoch, 19. September, 20 Uhr, Bürgertreff, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:
1. Bericht aus Stadtrat
2. Stadtteilbeirat
3. LT- und Bezirkstagswahlkampf: Verteilung etc.
4. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen
Franziska Herberger und Dr. Andreas Richter
für den Vorstand

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 11. September, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles.
2) Debattencamp: jede/r soll eine These formulieren und in die Diskussion einbringen. Wohin soll also die programmatische Entwicklung der SPD gehen? Wie sollen ggf. die Vorschläge umgesetzt bzw. realisiert werden?
3) Erneuerung in der Erlanger SPD: wo ist Handlungsbedarf?.
4) Aktionen zu „Wahlkampf“ und zum Ratsbegehren.
5) Fotos vom Ausflug/Diashow
6) Verschiedenes

Weitere Ankündigung:
- Distriktversammlung am 9. Oktober und am 13. November in der Schlossgaststätte, Beginn 19 Uhr
- Gansessen am 25. November, 12 Uhr

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktversammlung vom 12. Juni

TOP 1: Aktuelles
Das Hauptthema war die Wahlanalyse der SPD. Es wird vor allem kritisiert, dass ständig von Erneuerung geredet, dieses Thema aber nicht präzisiert wird.

Im Streit zwischen CSU und CDU sollte die SPD eingreifen und die CSU stärker angehen. Außenminister Maas wird in seiner ruhigen Art positiv gesehen.

TOP 2: Spielplätze
Es herrscht Einigkeit, dass der Spielplatz beim SVT in der jetzigen Form erhalten bleiben soll. Es wird moniert, dass verschiedene Spielgeräte, wohl aus Sicherheitsgründen wegen neuer Vorschriften, abmontiert wurden und der Ortbeirat dazu nicht rechtzeitig informiert wurde. Rolf hat dies in einen Brief an Frau Lender-Cassens moniert und auch bereits eine Antwort erhalten. Die Schulleiterin der Grundschule, Frau Egelseer, unterstützt den Erhalt des Spielplatzes an diesem Ort. Er sollte deshalb keineswegs einem Bewegungsparcour für ältere Bürger weichen, wie vom Amt vorgeschlagen wurde.

TOP 3: Vorbereitung der Ortbeiratssitzung am 5. Juli
Die Diskussion über Fußwegachsen in Tennenlohe wird unterstützt. Die Tennenloher SPD begrüßt einen angesprochenen neuen Hutgrabenübergang für Fußgänger.

Die Bebauung des Straubegeländes an der Böhmlach hat sich wegen Problemen mit der Versickerung von Oberflächenwasser verzögert. Eine Umplanung ist in Gange. Die versiegelte Fläche soll gegenüber dem bisherigen Stand lediglich um zehn Prozent steigen.

Die Christusgemeinde will im Anschluss an den Bau in der Haselhofstraße ein Gebäude errichten, in dem altengerechte Wohnungen und Studentenwohnung gemeinsam Platz finden sollen. Details sind noch nicht bekannt. Die SPD begrüßt dieses Vorhaben.

Der Birnhof wurde an die Fa. Schultheiß verkauft und soll abgerissen werden, um den Neubau von Wohnungen zu ermöglichen, Da kein Denkmalschutz für das Objekt besteht, sollte eine freie Bebauung mit Wohnungen ermöglicht werden.

Das Trafohaus an der Lachnerstraße ist sanierungsbedürftig. Die Stadtwerke wollen nach anfänglicher Weigerung jetzt bis Ende Juni zu Renovierungsmaßnahmen Stellung nehmen.

TOP 4: Kreisvorstand.
Es wurde diskutiert, ob die Ausweisung von Gewerbeflächen in Erlangen nicht grundsätzlich beendet werden sollte. Erlangen hat mit dem starken Einpendelverkehr genügend Probleme. Es herrscht Einigkeit, dass alles Wachstum seine Grenzen haben sollte.

Top 5: Glasfaserausbau in Tennenlohe
Gert hat über die an diesem Abend stattgefundene Information der Stadtwerke berichtet. Das Gewerbegebiet hat bereits Anschluss ans Glasfasernetz. Die Grundschule soll wegen der staatlichen Förderung ebenfalls bald angeschlossen werden und mit ihr evt. der umliegende Ortteil von Tennenlohe. Der Rest wird wohl noch einige Jahre warten müssen.

Top 6: Tennenloher Bote
Über mögliche Artikel für die kommende Ausgabe des TB wurde gesprochen.

Wilhelm Horn

Protokoll der Distriktversammlung vom 10. Juli

Top 1: Aktuelles
Klaus stellt kurz die Planung für den Distriktausflug am 10. bis 12. August in den Bayerischen Wald vor. Ein Höhepunkt wird der Besuch des Drachenstichs in Furth im Wald sein. Der Distrikt freut sich auf den Ausflug und bedankt sich bei Klaus für die Vorbereitung.

TOP 2: Diskussion mit Stadtrat und Landtagskandidat Dr. Philipp Dees
Rolf begrüßt den Landtagskandidaten Dr. Philipp Dees. Dees berichtet über das geplante Neubaugebiet West III, für das zurzeit eine Voruntersuchung geplant wird.

Für eine verantwortungsvolle zukünftige Wohnraumgestaltung in Erlangen sind bis 2040 rund 10.000 neue Wohnungen notwendig. Knapp die Hälfte davon kann durch die Schließung von Baulücken und vorsichtige Verdichtung bestehender Bebauung (z.B. auch in Tennenlohe) erreicht werden. Wegen den langen Vorbereitungszeiten ist es bereits jetzt nötig, die Weichen zu stellen. Ein neues zusammenhängendes Baugebiet mit rund 100 Hektar Fläche für über 5.000 Wohnungen und möglichst geringen ökologischen Eingriffen findet sich in Erlangen nur noch in Büchenbach neben dem bestehenden West II. Es werden Voruntersuchungen durchgeführt, inwieweit dort ein weiteres Baugebiet machbar ist. Da ein Bürgerentscheid nicht auszuschließen ist, prüft die Fraktion, ob im Herbst ein Ratsbegehren angeregt werden soll, um ein Bürgervotum einzuholen, ob die Untersuchungen zu dem Baugebiet weitergeführt werden sollen.

In der Diskussion spricht sich der Distrikt positiv über die Pläne zur Schaffung neuer bezahlbarer Wohnungen aus. Vorauseilend einen Ratsentscheid in Verbindung zur Landtagswahl einzureichen, hat Vor- und Nachteile. Das Thema Wohnungsnot kann damit sicher in die politische Diskussion zur Landtagswahl gebracht werden, mit der aktuellen Diskussion zur Flächenversiegelung mag es der Partei aber auch Stimmen kosten.

Philipp stellt kurz seine Schwerpunkte – Wohnen, Familie, Arbeit – für seine Landtagskandidatur vor. Der Distrikt wird Ihn mit Plakaten und Informationsverteilung tatkräftig unterstützen.

TOP 3: SPD Erneuern
Rolf stellt ein Zwölf-Thesenpapier vor, das er aus der Partei- und Bundestags-Wahlkampfanalyse extrahiert hat. Die Thesen werden lebhaft diskutiert.

TOP 4: Sonstiges
Die SPD Großgründlach hat den Distrikt zu ihrer nächsten Sitzung am 17. Juli eingeladen.

Fritz Klein feiert am 30. Juli seinen 60. Geburtstag. Der Distrikt schickt eine Delegation.

Der nächste Tennenloher Bote soll Ende Juli, Anfang August (rechtzeitig vor der Tennenloher Kerwa 17. bis 20. August) verteilt werden.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Wahlkampf zur Landtags- und Bezirkstagswahl befindet sich schon in der heißen Phase. Und zusätzlich kommt für uns auch noch ein sehr wichtiger Bürgerentscheid dazu. Deshalb wird sich unsere Sitzung im September vorallem mit dem Wahlkampf beschäftigen. Auch vor der Sitzung werden schon Infostände, Hausbesuche und andere Aktionen stattfinden, alle Infos dazu erhaltet ihr dann per Mail von mir und dem Erlanger Kreisbüro.

Unsere nächste Sitzung findet statt am

12. September, 20 Uhr, Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:
1. Infos zum Wahlkampf
2. Mitmachen!
3. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
4. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
5. Verschiedenes

Solidarische Grüße,
Tobias Körber

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächsten Sitzungen finden erst wieder im Oktober statt. Für September laden ich euch aber herzlich ein zum ersten Filmnachmittag unserer Reihe „Dreimal Film im Herbst“: Am 12. September, 15 Uhr im IG-Metall-Saal zeigen wir „Die Kinder des Monsieur Mathieu“ (siehe auch Seite 5)

Für Oktober lade ich euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 10. Oktober, 18 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Unsere Filmreihe im Herbst, 2. Film
5. Nachlese „SPD Erneuern“ mit Johanna Ueckermann
6. Vorbereitung Exkursion nach Regensburg am 19. Oktober
7. Verschiedenes

Neben den Punkten der Tagesordnung gibt es viel zu besprechen. Ich hoffe auf rege Diskussion!

Außerdem lade ich euch herzlich ein zu unserer

Unterbezirks-Vorstandssitzung am Donnerstag, 4. Oktober, 17 Uhr, August-Bebel-Haus

Vorgesehene Tagesordnung
1. Formalia
   1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
   2. Genehmigung des Protokolls der Vorstandssitzung am 7. Juni 2018
   3. Stand offener Punkte
   4. Bericht aus den Kreisverbänden
   5. Vorbereitung der Exkursion nach Regensburg am 19. Oktober
   6. Nachlese zur Veranstaltung mit Johanna Ueckermann am 15. September
   7. Termine, Sonstiges
2. Inhaltliche Diskussion zu politischen Themen
   - Aktuelles Thema „SPD erneuern“ Dr. Helmut Aichele wird ins Thema einführen.

Die Sitzungen sind parteioffen, jeder kann gern teilnehmen.

Bitte beachtet auch die Einladung zum Filmnachmittag (Seite 5) und die Berichte zu unseren Aktivitäten im Juli.

Solidarische Grüße
Hartmut

Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 11. Juli

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Die Begrüßung erfolgt durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2: Genehmigung des Protokolls
Das Protokoll vom 16. Mai wird genehmigt.

Top 3: Aktuelles
Der SPD-Antrag zu „Erlangen West III“ hat viele Bürger verunsichert und dem SPD-Stadtrat den Vorwurf der Gigantonomie eingetragen Die SPD sollte der Öffentlichkeit erläutern.

- Erlangen braucht zusätzlichen Wohnraum
- Da das angepeilte Gebiet, kurz WEST III, bereits in den 70 Jahren von allen Fraktionen zur Wohnbebauung vorgeschlagen und vorbereitet wurde, eine intakte Infrastruktur vorhanden ist, wäre es kontraproduktiv und kostenintensiv, jetzt darauf zu verzichten
- Der CSU-Stadtrat hat sich in der Vergangenheit auch für die Entwicklung der Stadt im Westen stark gemacht

Top 4: Vorbereitung der Filmreihe im Herbst
Die AG 60plus wird die Filmreihe im Herbst gemeinsam mit der der IGM-Seniorengruppe durchführen. Es werden die Filme „Die Kinder des M. Mathieu“, „Der Club der toten Dichter“ und „Die Physiker“ gezeigt. Die Filme sind bestellt und werden an Renate ausgeliefert.

Als Termine wurden festgelegt jeweils mittwochs um 15:00 Uhr, und zwar

12. September:, „Die Kinder des M. Mathieu“
10. Oktober: „Der Club der toten Dichter“
14. November: „Die Physiker“

Die Filme werden im Monatsspiegel und im IG-Metall-Seniorenprogramm angekündigt, für Kaffee und Kuchen sorgt AG 60plus. Da Hartmut im September verreist ist, muss ein anderer die Filme vorführen. Hartmut wird Peter Breitenherdt bitten, den Film am 12. September vorzuführen

Top 5: Vorbereitung der Exkursion nach Regensburg
Da die Vorsitzende von AG60plus Regensburg, Frau Brigitte Wilhelm, die uns eingeladen hatte, unerwartet plötzlich verstarb, wird die Exkursion auf Oktober verschoben.

Top 6: Nachlese des Besuchs in der Wilhelmine
Einmal pro Jahr besucht die AG 60plus Pflegeeinrichtungen in Erlangen und Umgebung. Diesmal konnten wir das Haus Wilhelmine, eine Gründung des Vereins „ASB Erlangen-Höchstadt Demenz-Wohngemeinschaften“ besuchen.

Frau Dr. Helga Pogner stellte uns das Haus vor. Im Haus Wilhelmine haben zwölf pflegebedürftige und demente Menschen ein neues Zuhause. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Pflegedienstes betreuen, pflegen und versorgen die Mieterinnen und Mieter rund um die Uhr. Die Wohngemeinschaft Haus Wilhelmine ist kein Pflegeheim, sondern eine Wohnform, die von den Angehörigen bzw. den gesetzlichen Vertretern der Mieter selbst organisiert wird. Die Angehörigen haben in der Wohngemeinschaft besondere Aufgaben. Sie bilden das Gremium der Selbstbestimmung und tragen damit gemeinsam Verantwortung für ihre Angehörigen, mit dem Ziel, demenzkranke Menschen aus ihrer Isolation herauszuführen und ihnen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Nachteil dieser ausgezeichneten Einrichtung sind die hohen monatlichen Kosten für die Bewohner. Der Eigenanteil für einen Bewohner mit Pflegegrad 3 beträgt 2.189,68 Euro, ist also deutlich höher als die Durchschnittsrente.

Top 7: Bericht vom Begegnungstag in Jena
Neun 60plusler fuhren dies Jahr nach Jena. Zum ersten Mal waren 60plus-Genossinnen von ERH und von der IG-Metall-Seniorengruppe mit von der Partie. Peter Schulze hatte alles wie immer gut vorbereitet. Das Programm sah vor:

- Individuelle Anreise
- 10 Uhr: Besichtigung ZEISS Jena (Carl-Zeiss-Promenade)
  Führung: Jürgen Dömel, ehemals Betriebsrat
- 12 Uhr: Mittagessen Studentenwerk/ Zeiss-Gaststätte
- 13 Uhr: Rundgang durch die Ernst-Abbe-Hochschule (FH)
- 14 Uhr: Fahrt zum Fuchsturm
  Aufenthalt bei gutem Wetter im Bier-

garten, bei schlechtem in der Gaststätte
Besichtigung der Weihestätte der Thüringer Bergvereine
Aussicht auf Jena – Turmbesteigung
Diskussion der aktuellen Probleme, sowohl der der SPD als auch die Europas.
- Individuelle Abreise.

Das Wetter war ausgezeichnet und die Diskussionen lebhaft. Rückreise gegen 20 Uhr. Zwei Teilnehmer blieben über Nacht in Jena

Einen Ausführlichen Bericht des Begegnungstags findest Du in diesem Monatsspiegel auf Seite 7.

Top 8: Verschiedenes
Nächster Termin: Mittwoch, 10. Oktober, 17 Uhr, August-Bebel-Haus

Protokollführer: Hartmut Wiechert

Protokoll der Unterbezirks-Vorstandssitzung am 26. Juli

1. Festlegung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der Vorstandssitzung vom 6. Juli
Dem Protokoll wurde zugestimmt.

3. Stand offener Punkte
- Veranstaltung, SPD-Grundwerte“
  Neuer Termin für die Veranstaltung mit J. Ueckermann ist der 15. September. Die Veranstaltung wird vom KV Erlangen organisiert.
- Besuch in Regensburg
  Als Termin wurde von Regensburg die 42. KW vorgeschlagen. Vorschlag unsererseits ist Freitag der 19. Oktober. Wir bilden Fahrgemeinschaften, Abfahrt Erlangen ca. 8 Uhr, Rückkehr gegen 17 Uhr.

4. Bericht aus den Kreisverbänden
- Der Besuch in Jena war am 28. Juni. Es waren auch zwei Teilnehmerinnen aus Herzogenaurach dabei.
- Am 22. Juni hat 60plus die Wohngemeinschaft Wilhelmine besucht.

5. Wiederbelebung des KV ERH der AG 60plus
Alle Teilnehmer halten es für notwendig, mehr Mitglieder für die AG 60plus zu gewinnen.

Nach ausführlicher Diskussion wurde beschlossen, alle per E-Mail erreichbaren SPD-Senioren des KV ERH zu einem informellen Treffen einzuladen. Als Termin wurde der 18. September in Herzogenaurach festgelegt. Die Mail entwirft Jörg, verschickt wird sie über das UB-Büro.

6. Termine, sonstiges
- Der Termin der nächsten Vorstandssitzung ist Donnerstag 4. Oktober um 17 Uhr. Die Termine der Vorstandssitzungen sollen auch im Monatsspiegel veröffentlicht werden. Die Sitzungen sind parteioffen, jeder kann gern teilnehmen.
- Der Ablauf der UB-60plus-Sitzungen wird neu strukturiert und in zwei Teile gegliedert
  1. Formale Angelegenheiten, wie Üblich
  2. Inhaltliche Diskussion zu politischen Themen, um diese Themen anzudiskutieren und neue Themen vorzuschlagen.

  Zu diesem 2. Teil sollten möglichst alle UB-60pplus-Mitglieder mit E-Mail informiert werde, und es sollten daraus Vorschläge für weitere politische UB-Veranstaltungen entwickelt werden. Erstes Thema „SPD erneuern“ Hem wird einen Überblick zum Thema bringen.

Jörg Bubel

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,
Ihr seid herzlich eingeladen zu unseren nächsten Sitzungen im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5, Eingang zum Sitzungszimmer unten am Parkplatz), welche an folgenden Terminen stattfinden:

- Dienstag, 11. September, 19:30 Uhr
- Dienstag, 25. September, 19:30 Uhr

Der Themenschwerpunkt wird dabei jeweils die Wohnungspolitik sein.

Rote Grüße,
Munib